

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Verwaltung:
Eric Wittinghaus, Berlin.
Telefon: Carl Schlegel 4222/4223



Abgabe für Druck und Verbreitung:
Berlin 6264, Tele. Köpenick-Platz 6
Telegraphisch: 6264

Die Zeitung wird in deutscher Sprache
für alle Länder des Reichs und für die Auslandsländer
des Deutschen Reichs, sowie für alle Länder des Auslandes
vertrieben.

Berlin, den 15. Dezbr. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Schleichers Programm.

Militärromantiker oder Tatmensch?

SPD. Die Rundfunkrede des Reichskanzlers? Nehmt alles nur in allem: Der ganze echte Schleicher steckte dahinter. Verschlagen und vorsichtig, die Fäden nach allen Seiten spinnend und überall horchend, ob nicht ein Echo der Unterstützung für ihn und seine Pläne zu erhoffen sei.

Diese Pläne aber, wie wenig greifbar sind sie doch! Sieht man genauer zu, so findet man ein gutes Stück auf deutsche Massenstimmung berechnete Generalromantik mit Präentiermarschklingen für das Andenken des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. und die Grösse Friedrichs II. Vergleiche mit der Siedlungspolitik Friedrichs nach dem Siebenjährigen Krieg; ganz unmögliche Vergleiche, fern jeder Realität, denn die grosse Sorge beginnt in dieser unabsehbaren Agrarkrise und im Weltkampf um die Agrarpreise erst hinter dem Ansiedeln. Wovon sollen die Siedler leben? Wer zahlt ihnen ausreichende Preise? Der Reichskanzler spricht von neuen hohen Zollmauern, aber die Zölle sind ohnehin schon turmhoch. Und was wird dann aus der Industrie? Wie steht es mit der Ausfuhr, der Herr Schleicher auch ein paar ermunternde Worte widmet? Ach, im Grunde sind diese und andere Partien der Kanzlerrede nur Hoffnungen und Entwürfe, die wir in vielen Programm-erklärungen gehört haben, über die in unzähligen Aufsätzen und Vorträgen unverbindlich gesprochen worden ist. Mehr als unverbindlichen Optimismus können wir auch aus der Kanzlerrede nicht heraushören.

Von behutsamer Unverbindlichkeit war auch alles andere. Eine interessante Plauderei, fast wie die Arbeit eines feuilletonistisch begabten Journalisten, war diese ganze Kanzlerrede. Darum wird sie vielen gefallen haben. Allen will sie etwas geben und eigentlich niemandem etwas nehmen. In der harten Wirklichkeit wird freilich vieles ganz anders sich entwickeln.

Der Reichskanzler beteuert, er sei weder Sozialist noch Anhänger des Kapitalismus. Rednerisch lässt sich leicht über beide Begriffe hinwegtänzelnd. Wenn es aber um die Frage geht, die der Reichskanzler überall im Lande gehört hat: "Wer gibt uns Arbeit und Brot und ausreichenden Lohn?", wird kein Staatsführer um eine entschlossene Parteinahme herkommen. Dazu ist die Krise zu tief und dazu sind die Gegensätze zu gross. Die riesenhaften Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaftslage können nun einmal nicht mit Beihilfen für Kameradschaftslager junger Erwerbslosen, auch nicht mit der Einstellung einiger Jahrgänge junger Männer in eine Miliz, auch nicht mit einer scharfen Presse-Notverordnung, die der Reichskanzler in seiner Schublade liegen hat, und schliesslich auch nicht mit drakonischen Massnahmen gegen die Kommunistische Partei gelöst werden.

Es geht uns nicht um Eifersüchteleien und um Rechthaberei, sondern um die eine grosse Schicksalsfrage, wer unsere Wirtschaft aus der Erstarrung löst. Täuschen wir uns nicht; darüber hat der Reichskanzler so gut wie nichts gesagt. Er hat Nebendinge in den Vordergrund geschoben. Die Hauptfrage hat er vorsichtig

umgängen. Es war nur ein grundsätzliches Bekenntnis zu den Papen'schen Wirtschaftsplänen zu hören. Da wusste Herr Schleicher auf einmal, dass er kapitalistischen Gedankengängen einstweilen sehr zugeneigt ist. Das ganze Volk weiss aber auch, dass seit Jahr und Tag und nicht zuletzt unter der ruhmlosen Kanzlerschaft Papens alle kapitalistischen Mittel versagt haben. Der Reichskanzler irrt, wenn er glaubt, hier noch lange laviieren zu können. Es muss Farbe bekannt werden.

Der unglückliche Vorgänger Herr von Papen bekam ein paar Lobsprüche. Im Grunde aber setzte sich der Reichskanzler von Schleicher sehr gründlich von dem Reichskanzler von Papen ab. Keines der verfassungspolitischen Schlagworte des Herrn von Papen wurde mehr gehört. Keine Drohung an das Parlament und an die Parteien. Vielmehr eine bis zur Eleganz höfliche Einladung an Reichstag und Fraktionen zur Mitarbeit. Ein Bekenntnis, dass auch eine autoritäre Regierung ohne Verwurzelung in den breiten Volksmassen nicht möglich sei. In welchen Grenzen der Herr General-Reichskanzler sich Volksrechte und Volksparlamente denkt, blieb unklar wie so vieles. Einige Besorgnisse, grosse sogar, werden erlaubt sein.

Gewandt weicht der Reichskanzler seinen Gegnern aus: "Vertrauen? Ach, meine Herren Parlamentarier, das mude ich Ihnen garnicht zu. Misstrauen gegenüber einem neuen Mann ist ganz und gar begreiflich. Bewahren Sie mir einstweilen dieses Misstrauen, aber lassen Sie mich eine zeitlang ungestört arbeiten."

Diesen Wunsch Schleichers haben die Nationalsozialisten inzwischen aus Todesangst vor Neuwahlen auf eine Reihe von Wochen schon erfüllt. Ewig wird aber der Reichstagspräsident Hauptmann Goering dem General in der Reichskanzlei den Gefallen einer Parlamentsvertagung nicht erweisen können. Bis dahin will das deutsche Arbeitsvolk, wollen wir Taten sehen, Herr Reichskanzler. In diesem, von Fieberstürmen des Hungers und der Verzweiflung geschüttelten deutschen Volk wird sich keine Reichsregierung halten können, die nicht Entschlusskraft zur Rettung aufbringt. Die Zusammensetzung der Regierung Schleicher lässt alles andere als den Schluss zu, dass diese Regierung diese Entschlusskraft aufbringen wird.

SPD. Paris, 15. Dezbr. (Eig.Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat Herriot am Donnerstag die Neubildung des Kabinetts angeboten. Herriot hat dieses Anerbieten abgelehnt und erklärt, dass er auch keinen Ministerposten in dem neuen Kabinett annehmen werde, ganz gleich welche Persönlichkeit an der Spitze des Ministeriums stehen würde. Daraufhin hat der Präsident der bisherigen Innenminister Chautemps mit der Kabinettsbildung beauftragt. Chautemps erklärte, er mache die Annahme des Auftrages davon abhängig, dass Herriot Aussenminister bleibe. Da Herriot in einer Unterredung, die Chautemps mit ihm hatte, dies gemäss seiner eine Stunde vorher abgegebenen Erklärung ablehnte, hat der Innenminister den Auftrag nicht angenommen.

SPD. Schwerin, 15. Dezbr. (Eig.Drahtb.)

Die Art, wie die nationalsozialistische mecklenburgische Regierung bei der Verteilung der Weihnachtsbeihilfe des Landes zu verfahren gedenkt, hat in Mecklenburg grosse Empörung hervorgerufen. Es sollen nur verheiratete Wohldahrts-erwerbslose mit Kindern Weihnachtsgelder erhalten, dagegen alle verheirateten Erwerbslosen ohne Kinder und alle Unverheirateten von der Weihnachtshilfe ausgeschlossen bleiben. Für die Teilnahme von Nationalsozialisten am Jugendtag in Potsdam und für andere Zwecke hat die mecklenburgische Regierung reichlich Geld zur Verfügung gehabt. Die Wohlfahrtserwerbslosen interessieren sie weniger.

SPD. Dessau, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Anhaltischen Landtag wurde in dritter Lesung der Haushaltsplan der Rechtsregierung gegen die Stimmen der gesamten Linken (Staatspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten) angenommen. Vor der Schlussabstimmung wies der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion darauf hin, dass unter der gegenwärtigen Rechtsregierung und unter dem nationalsozialistischen Bürgermeister von Dessau die Dessauer Polizei zu einem einseitigen Parteiregiment missbraucht werde. Trotz des Burgfriedens werde den verschiedenen Formationen der Nationalsozialisten immer wieder gestattet, in geschlossenem Zuge durch die Stadt zu ziehen.

SPD. Der Landespressechef der Hitlerei in Österreich, ein Judentöter ersten Ranges, nennt sich Raimund Haintz. Er hiess nicht immer so. Noch vor wenigen Monaten nannte er sich Pg. Raimund. Aber auch dies war nicht sein ursprünglicher Name, denn eigentlich heisst der Edeldarier und Judentöter Raimund Kusitschka und ist ein gebürtiger Tscheche.

Warum der Namenswechsel? Als Kusitschka hat er bei einem Wiener jüdischen Kaufmann mehrere tausend Schilling unterschlagen und hat danach kniefällig und mit aufgehobenen Händen gebeten, ihn nicht anzuzeigen, er werde alles bezahlen. Da er nicht bezahlen wollte, wurde aus Kusitschka der Pg. Raimund und als dies Pseudonym dem Betrogenen bekannt wurde, nannte sich der wackere Tscheche und Defraudant Raimund Haintz. Als solcher ist er hochgeehrter Landespressechef der Nazis in Wien und verspeist täglich je ein Dutzend Juden zum Frühstück und Abendessen. Warum? Weil sie erstens so schurkenhaft waren, sich von ihm betrügen zu lassen und zweitens obendrein noch ihr Geld zurück haben wollen!

Der Mann muss in die Ehrenrangliste der nationalsozialistischen Führer mit Auszeichnung aufgenommen werden!

SPD. Braunschweig, 15. Dez. (Eig. Dr.)

Wegen einer Provokation des Nazi-Abgeordneten Schneider musste die Donnerstag-Sitzung des braunschweigischen Landtags unterbrochen werden. Schneider hatte die Frechheit, den sozialdemokratischen Abgeordneten Wolter, der einen Antrag auf Winterhilfe begründete, einen scheinheiligen Lumpen zu nennen. Die Sozialdemokratie verlangte deshalb in grosser Erregung die Entfernung des Schimpfbolds. Als sich der Nazi-Präsident dagegen sträubte, wurde ihm von der Tribüne zugerufen, dass er ein parteilicher Präsident wäre. Daraufhin entstand ein grosser Lärm, der zur Unterbrechung der Sitzung führte.

SPD. New York, 15. Dezember (Eig. Ber.)

Amerika wartet - als ob es im vierten Krisenwinter nicht wichtigere Sorgen um Brot gäbe - auf sein Bier. Aber es wird wohl noch manche Welle den Hudsonfluss herunterflüssen, bis die letzte Barriere der Prohibition niedergezissen ist und eines der unsinnigsten Gesetzesverbote unseres modernen Jahrhunderts sein natürliches Ende gefunden hat.

Nichtsdestoweniger ist alles im Taumel systematischer Propaganda zum Loslegen bereit; allen voran die Brau-Unternehmer, die ihre Zeit gekommen glauben und alles aufbieten, die Öffentlichkeit für ihre kommenden Produkte geneigt zu machen. Hier gehen kostspielige Reklamezeichen in die Höhe, dort wird in nüchternen Zeitungsparagrafen oder schwungvollen Artikeln Kenntnis von der Zusammenlegung führender Braubetriebe, Organisation neuer Braugesell-

schaften, riesigen Fassbestellungen und anderen wichtigen Vorgängen gegeben. An einer dritten Stelle werden Erinnerungen ausgekramt, die das Publikum an die "guten alten" Zeiten erinnern sollen. Daneben beschäftigt man sich in Brauarbeiterkreisen mit schwerwiegenden Dingen, vor allem mit der Gangstergefahr, die sich systematisch in die Industrie und die Gewerkschaften einzuschleichen und von innen zu erobern sucht. Das Bild ist so gross und mannigfaltig, dass eine Aufzählung aller Charakteristiken und Einzelheiten dieses gigantischen amerikanischen Umstellungsprozesses hier zu weit führen muss.

Nach zuverlässigen Berechnungen sind nicht weniger als zwei Milliarden Dollar zur Investierung in die Brauindustrie bereit, falls erst einmal das Alkoholverbot gefallen ist. Nicht dass es bisher in der angeblich alkohollosen schrecklichen Zeit an Geld gefehlt hätte. Aber während vor der Prohibition insgesamt 1486 amerikanische Brauereien bestanden, 52 davon allein in Chicago, und etwa 700 000 Personen im Braugewerbe ihre Existenz fristeten, sind gegenwärtig nur noch 211 offiziell zugelassene Brauereien mit einer überaus beschränkten Zahl Brauarbeitern und Angestellten vorhanden. Diese Betriebe besitzen die Erlaubnis zur Herstellung des sogenannten Near-beer, eines alkoholfreien Biers, das jedoch erst als richtiges Bier fabriziert und dem dann durch ein Sonderverfahren der Alkoholgehalt entzogen wird. Etwa 500 Millionen Dollar kommen allein zur Modernisierung und Inbetriebsetzung der bestehenden Betriebe in Betracht. Eine ähnliche Summe wird für Lohnsummen, Anschaffungen etc. veranschlagt. Ausserdem rechnet man noch mit zahlreichen Neuanlagen, die den amerikanischen Massendurst mitbefriedigen helfen sollen. Eine Hauptrolle spielt in allen diesen Berechnungen, die natürlich dazu da sind, dem amerikanischen Publikum den Mund wässrig zu machen, die Notlage des Farmers. So wird besonders gern darauf hingewiesen, dass vor der Prohibition durchschnittlich 67 Millionen Fass Bier jährlich im heimischen Verbrauche abgesetzt wurden, wofür ungefähr 100 Millionen Bushel Ernteprodukte im Jahresdurchschnitt benötigt wurden. Das ist ein Argument, das bei den niedrigen Agrarpreisen und der landwirtschaftlichen Ueberproduktion seine Wirkung gewöhnlich nicht verfehlt.

Man kann mit Recht ausserordentlich skeptisch sein, ob diese hochgespannten Erwartungen in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen werden. Wie dem aber auch sei, es steht nun einmal fest, dass von solchen Erwägungen und Zukunftsspekulationen ein starker wirtschaftlicher Belebungsstrom ausgeht, aus dem auch die Millionen Arbeitslosen neue Kräfte und neue Hoffnung ziehen. Es wird abzuwarten sein, was der Widerruf des Volstead-Akts bei dem Widerstande, den die Prohibitionsanhänger in letzter Stunde noch aufbieten, mit sich bringt

SPD. Die mexikanische Regierung hat dem Völkerbund mitgeteilt, dass sie wegen der schlechten Finanzlage ihres Landes keine Beiträge mehr an den Völkerbund entrichten könne und deshalb nach der vorgesehenen Austrittsfrist von zwei Jahren aus dem Völkerbund ausscheiden werde.

SPD. Washington, 15. Dez. (Eig. Ber.)
Nationalsozialismus ist ein Kapitel, das den Vertretern des deutschen Reiches selbst hierzulande schweres Kopfzerbrechen bereitet. Das Staatsdepartement hat der deutschen Botschaft unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass die Tätigkeit des sozusagen offiziellen Nazi-Agitators, eines gewissen Kurt G. Ludecke, überaus missbilligend vermerkt wird. Von allen Seiten laufen zahlreiche Protestbriefe amerikanischer Bürger ein, die von den Bundesbehörden energische Massnahmen gegen die systematische Propagandahetze und antisemitische Agitation dieses Hitleragenten fordern.

Ludecke trat der nationalsozialistischen Bewegung im Jahre 1923 bei und

war zuerst in Rom als eine Art Verbindungsmann zwischen dem "erwachenden Deutschland" und Mussolinis Schwarzhemden tätig. 1927 kam er nach den Vereinigten Staaten und fand bei Ford Unterkunft, der damals auf seinem später so klaglich zusammengebrochenen antisemitischen Feldzuge begriffen war. Ludeckes Arbeitsfeld war im "Dearborn Independent", der von Ford finanzierten Zeitung, die die berüchtigten "Protokolle der Weisen von Zion" veröffentlichte. Geliefert wurden diese Fälschungen von dem russischen Emigranten Boris Brasol, der im Kischineff-Ritualmordprozess einer der Anklagevertreter war. Wie man sieht, war sich die ganze Gesellschaft einschliesslich Ludecke einander würdig.

In mehr als zweijähriger systematischer Reisepropaganda durch die Union - natürlich mit Nazigeldern bezahlt - betätigte sich Ludecke als antisemitischer Agitator und rühriger Absatzagent für antisemitische Literatur. Ein Versuch, das Weitererscheinen des von ihm begründeten amerikanischen Nazi-Organs "American Guard" in Brookline, Massachusetts, nach der Herausgabe weniger Nummern zu sichern, schlug fehl. Seiner Aktivität entsprang auch die Gründung von Nazizellen in verschiedenen amerikanischen Städten, die aber über ein kümmerliches Dasein nicht herausgekommen sind. Eine Zeitlang hat er auch versuchten Boden für eine amerikanische nationalsozialistische Bewegung à la Hitler vorzubereiten. Neuerdings hat Ludecke in Washington ein Büro aufgezo-gen, das sich nationalsozialistisches Pressebüro betitelt und Hinz und Kunz mit Lobeshymnen über Hitler versorgt.

SPD. Der Reichskanzler äusserte sich am Donnerstag-Abend in einer Rundfunkrede über das Programm der neuen Reichsregierung.

Schleicher begann mit der Feststellung, dass er gegen die Annahme des Kanzleramts "schwerste Bedenken" gehabt hätte. Einmal hätte er nicht der Nachfolger seines Freundes Papen sein wollen, "dieses Ritters ohne Furcht und Tadel", ferner rieche "der Wehrminister als Reichskanzler nach Militärdiktatur" und schliesslich könnte "durch eine Verbindung der beiden Ämter die Wehrmacht zu stark in die Politik gezogen werden". Nur die Ueberlegung, dass eine solche Massnahme den Ernst der Situation scharf kennzeichnen und auf gewisse Unruhestifter abkühlend wirken würde, dass dadurch der tatsächliche Einsatz der Wehrmacht verhindert werden könne, habe ihn zur Zurückstellung seiner Bedenken veranlasst. Alle Volksgenossen sollten in ihm nicht nur den Soldaten sondern den überparteilichen Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten für eine hoffentlich nur kurze Notzeit sehen, der nicht gekommen sei, das Schwert zu bringen, sondern den Frieden.

Schleicher fuhr dann fort: Ich glaube das umso mehr sagen zu dürfen, als meine Ansichten über Militär-Diktatur nicht erst von heute sind und allgemein bekannt sein dürften. Ich habe es schon verschiedentlich zum Ausdruck gebracht und wiederhole es heute: Es sitzt sich schlecht auf der Spitze der Bajonette, d.h. man kann auf die Dauer nicht ohne eine breite Volksstimmung hinter sich regieren. Diese Stimmung in den breiten Schichten der Bevölkerung wird sich aber gerade eine Regierung wie die von mir geführte erst durch ihre Taten erwerben müssen, und ich gebe mich über die Schwere dieser Aufgabe keiner Illusion hin. Zunächst werde ich schon zufrieden sein, wenn die Volksvertretung, der ich für diese Zeit gern eine starke Dosis gesunden Misstrauens zubillige, der Regierung ohne Hineinreden und die hinlänglich bekannten parlamentarischen Methoden Gelegenheit gibt, ihr Programm durchzuführen. Dieses Programm besteht aus einem einzigen Punkt: "Arbeit schaffen!" Alle Massnahmen die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziel dienen.

Ich habe mich in den letzten Wochen auf Fahrten durch die deutschen

Lange davon überzeugen können, dass den Deutschen aller Stände ausschliesslich der eine Gedanke beherrscht "gebt uns Arbeit und damit die Hoffnung zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg!" Alles andere interessiert uns nicht, am wenigsten Verfassungsänderungen und sonstige schöne Dinge, von denen wir nicht satt werden. Ich habe deswegen dem Herrn Reichspräsidenten die Ernennung eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung vorgeschlagen. Seine Aufgabe wird es sein, jeder Arbeitsmöglichkeit nachzuspüren, ein grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen, wobei er bürokratischen und sonstigen Hemmungen gegenüber die Rolle des Schäferhundes übernehmen muss. Fraglos ist eine solche Arbeitsbeschaffung volkswirtschaftlich betrachtet mit grösseren Risiken behaftet, als eine auf natürlichem Wege eintretende Arbeitsvermehrung. Luxus-Aufwendungen scheiden daher aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm vollkommen aus. Das Programm muss in erster Linie auf die Instandsetzung der vorhandenen Produktionsgüter und auf ihre Verbesserung abgestellt werden, und die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie vorzuziehen. Ausserdem wird sichergestellt werden, dass die bereitgestellten Geldmittel ausschliesslich für die Finanzierung dieser Arbeiten verwendet werden. Entscheidend wichtig war es, dass für diese Finanzierung eine Lösung gefunden wurde, die jede Inflation ausschliesst. Dafür bietet die Mitarbeit des Reichsbankpräsidenten Luther, den man wohl als den Gralshüter der Währung bezeichnen darf, die sicherste Garantie.

Die gegenwärtige Finanzlage Deutschlands kann man folgendermassen charakterisieren: Wir werden im laufenden Etatsjahr im Reiche ohne neue Steuern und ohne weitere Kürzungen der Personalausgaben durchkommen. Das Reich hilft Ländern und Gemeinden, deren finanzielle Verhältnisse zum Teil sehr schwierig liegen, durch organisatorische und finanzielle Massnahmen.

Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Siedlung eng zusammen. Ueber die Notwendigkeit zu siedeln, und zwar so schnell und so viel wie möglich, sind wir uns alle einig. Gerade auch als Wehrminister muss ich auf Besiedlung unserer Ostmark den grössten Wert legen. Denn letzten Endes sind es noch immer die Menschen auf eigener Scholle gewesen, die den besten Grenzwall gegen das Vordringen fremden Volkstums abgeben. Für das Jahr 1933 sind zunächst 50 Millionen RM für die Siedlungen im Haushaltsplan bereitgestellt worden und weitere 50 Millionen werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorfinanziert. In den Landbezirken Ostpreussen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg wird der Siedlung folgendes Land zugeführt werden: in Ostpreussen etwa 800 000 Morgen, in der Grenzmark etwa 100 000 Morgen, in Pommern etwa 280 000 Morgen, in beiden Mecklenburg etwa 120 000 Morgen. Es ist damit zu rechnen, dass sich diese Zahlen in der weiteren Abwicklung des Osthilfeverfahrens, die aufs äusserste beschleunigt werden wird, noch sehr erheblich erhöhen werden.

Ich bin ketzerisch genug, einzugestehen, dass ich weder ein Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus bin, dass für mich Begriffe wie "Privat- oder Planwirtschaft" ihre Schrecken verloren haben, ganz einfach, weil es dies Begriffe in absoluter Reinheit im Wirtschaftsleben gar nicht mehr gibt, auch gar nicht mehr geben kann. Und deshalb vertrete ich den Standpunkt, man soll in der Wirtschaft das tun, was im gegebenen Moment vernünftig ist und aller Wahrscheinlichkeit nach zu den besten Resultaten führt. In diesem Sinne gilt es den erfreulich hohen Stand der Erzeugung an Nahrungsmitteln zu erhalten und der Landwirtschaft gesunde Erzeugungsbedingungen zu verschaffen. Die Arbeitslosigkeit kann auf die Dauer nur vermindert werden, wenn es gelingt, den Umfang der gewerblichen und industriellen Tätigkeit erheblich zu verbreitern. Die Regierung wird daher nach wie vor ihr Augenmerk in erster Linie auf eine Belebung des Binnenmarktes richten, der die stärksten Schrumpfügen

aufweist. Sie ist sich aber darüber klar, dass auch die grösste Belebung des Binnenmarktes nicht ausreicht, um für Brot und Arbeit zu sorgen. Vom Binnenmarkt allein aus wird es nicht möglich sein, im eigenen Lande genügend Arbeitsmöglichkeiten bereitzustellen. Wir müssen vielmehr für einen erheblichen Teil unserer Bevölkerung Beschäftigung dadurch schaffen, dass wir Waren für das Ausland erzeugen. Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn wir nebeneinander sowohl die Nutzung des heimischen Bodens wie auch die gewerbliche Tätigkeit für den Inlandsmarkt und schliesslich den Warenaustausch mit dem Ausland im zweckmässigen Verhältnis zueinander pflegen. Von dieser Grundeinstellung aus hat die frühere Regierung ihr bekanntes Wirtschafts-Programm aufgebaut. Dieses Wirtschaftsprogramm hält auch die gegenwärtige Regierung in seinen wesentlichen Teilen für eine geeignete Grundlage zur Lösung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie ist sich aber darüber klar, dass es noch einer grösseren Zeitspanne als der bisher vergangenen bedarf, um die vollen Auswirkungen jenes Programms festzustellen. Das gilt umso mehr, als wichtige Teile dieses Programms, wie z.B. die Steuergutscheine und die Beschäftigungsprämien erst zu einem geringen Bruchteil odernoch gar nicht in Wirkung treten konnten.

Nach wie vor besteht ein Missverhältnis zwischen den überhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft und den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden. Zu diesem Zwecke ist es unerlässlich, dem vom Weltmarkt ausgehenden Druck auf die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere der Vieh- und Milchwirtschaft, des Gartenbaues und der Forstwirtschaft, möglichst schnell und wirksam entgegenzutreten. Die Reichsregierung wird bei dem Aufbau dieses Schutzes die von den vorhergehenden Regierungen eingeleiteten Massnahmen fortsetzen und ausbauen. Sobald hier die handelspolitischen Schwierigkeiten fortfallen und wesentliche Erleichterungen eintreten, wird die Reichsregierung von ihrer Zollautonomie im Interesse der Landwirtschaft in dem erforderlichen Ausmasse Gebrauch machen. Ausserdem wird sie der übermässigen Einfuhr einzelner Waren auf dem handelspolitischen jeweils geeigneten Wege entgegenwirken. Der Schutz der Landwirtschaft gegen Störungen vom Weltmarkt her muss durch innerwirtschaftliche Massnahmen ergänzt werden. Es muss insbesondere dem für die Vieh- und Milchwirtschaft entscheidenden Fettproblem besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Reichsregierung wird sich noch vor Weihnachten mit den zur Durchführung dieser Grundsätze nötigen Massnahmen beschäftigen.

Ihr ganz besonderes Augenmerk wird die Reichsregierung auf die Beseitigung der Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft richten. Es geht nicht an, dass grosse Unternehmungen alle Vorteile der Privatwirtschaft geniessen wollen, alle Nachteile aber, vor allen Dingen also das Risiko, auf den Staat abwälzen. Für Betriebe, die in irgend einer Form mit Staatsgeldern arbeiten, dürfen in Zukunft nur die Grundsätze für Staatsbetriebe Geltung haben. Jede andere Regelung bedeutet eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Alle Massnahmen, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Ankurbelung der Wirtschaft müssen aber erfolglos verpuffen, wenn das Vertrauen auf stabile Verhältnisse und der Glaube an eine bessere Zukunft fehlen. Es ist etwas viel verlangt, in dieser schweren Krisenzeit freudige - ich unterstreiche das Wort "freudige" - Mitarbeit zu verlangen und doch weiss ich, dass beim deutschen Volk auch dies möglich ist, wenn bei allen notwendigen Anordnungen der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt wird. Es hat nichts Sozialeres gegeben, als die Armee der allgemeinen Wehrpflicht, in der Arm und Reich, Offizier und Mann in Reih und Glied zusammenstanden und in den Wundertaten des Weltkrieges eine Kameradschaft und ein Zusammengehörigkeitsgefühl bewiesen haben, wie es die Geschichte nicht seinesgleichen kennt. Damals wie heute das Gefühl, wir wollen für Volk und Land die grössten und schwersten Opfer bringen, aber nur wenn diese Opfer allen Bevölkerungskreisen gleichmässig auf-

legt werden! Das ist die Zauberformel. Auf dem Gebiete des Sozialrechts ist eine gewisse Entspannung schon dadurch eingetreten, dass der Reichstag die Aufhebung der weitgehenden Ermächtigung der Reichsregierung aus dem zweiten Teil der Verordnung vom 4. September 1932 beschlossen hat. Ich nehme an, dass dieser Beschluss nachentsprechender Stellungnahme des Reichsrats schon in den nächsten Tagen Gesetzeskraft erlangen wird. Die auf dieser Ermächtigung beruhende Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932, die starke Eingriffe in den Tarifvertrag gebracht hatte, ohne die in sie gesetzten Erwartungen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes zu erfüllen, hat die Reichsregierung bereits aufgehoben. Die schwierige Lage unserer Wirtschaft und die weitverbreitete Kurzarbeit hat die Arbeits-Einkommen tief herabgedrückt. Eine weitere allgemeine Senkung ist weder sozialerträglich, noch wirtschaftlich zweckmässig. Die Reichsregierung bekennt sich zur Sozialversicherung. Sie wird alles tun, um die Versicherungsträger leistungsfähig zu erhalten. Dem Zwang zur Einfachheit und Sparsamkeit wird sich auch die Sozialversicherung nicht entziehen. Die Organisation der Arbeitslosenhilfe, wie sie jetzt ist, kann nicht befriedigen. Die Reichsregierung will die Spannungen, die hier bestehen, beseitigen, die Beitragszahler zu ihrem Recht kommen lassen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller beteiligten Körperschaften herbeiführen. Ich weiss sehr wohl, welche Not heute unter den Millionen von Arbeitslosen, Sozialrentnern, Kleinrentnern und Kriegsoptionen herrscht. Auch beim besten Willen wird es uns nicht gelingen, diese Not in den nächsten Monaten völlig zu beseitigen. Ich werde aber alle meine Kräfte einsetzen, um die Not im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu mildern und namentlich unbillige Härten zu beseitigen.

Als besondere Winterhilfe wird von der Regierung folgendes veranlasst werden: Sie wird vor allem die Frischfleischverbilligung verstärken und, wie im Vorjahre, über die Hilfsmassnahmen der Kohlenerzeuger und der Reichsbahn hinaus eine weitere Verbilligung der Hausbrandkohle für die notleidende Bevölkerung auf Reichskosten vornehmen. Ferner wird sie den Kreis der Empfänger auch auf die alleinstehenden Unterstützungsberechtigten, zu denen auch die Kleinrentner gehören, ausdehnen. Ob es möglich ist, die Hilfsmassnahmen hoch über diesen Rahmen hinaus zu erweitern, vor allen Dingen in der Verbilligung von Milch und Brot, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen ab, die in diesen Tagen gepflogen werden.

Die zur wirtschaftlichen Beruhigung notwendige Ausschaltung aller absichtlichen Störungen hat in der Vergangenheit leider eine grosse Zahl von Ausnahme-Bestimmungen nötig gemacht. Ich gestehe, dass ich es für verhängnisvoll halten würde, wenn wir in Deutschland auf die Dauer nicht ohne diese scharfen Bestimmungen auskommen könnten. Ich habe deshalb den Herrn Reichspräsidenten gebeten, die zweifellos eingetretene Beruhigung zum Anlass zu nehmen, um derartige Ausnahme-Bestimmungen aufzuheben, um endlich einmal wieder zu normalen Rechtsverhältnissen zurückzukehren. Der Herr Reichspräsident will diesem Vorschlag im Vertrauen auf den gesunden Sinn der ordnungsliebenden Bevölkerung entsprechen, hat dabei aber zum Ausdruck gebracht, dass er nicht zögern würde, eine scharfe Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes zu erlassen, falls er sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Den gewerbsmässigen Unruhestiftern ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich in diesem Zusammenhang warnend zur Kenntnis bringen, dass eine solche Verordnung fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt. Ich hoffe, dass ihre Anwendung ebensowenig nötig werden wird, wie der Einsatz der Wehrmacht. Ich möchte aber auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, dass die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahme-Bestimmungen gegen die kommunistische Partei nicht zurückschrecken wird, falls sie die Lockerung der Zügel zur vermehrten Verhetzung der Be-

völkerung missbrauchen sollte.

Ein Wort zur Preussenfrage. Ich weiss sehr wohl, dass die Beseitigung des Dualismus Reich-Preussen de jure heute nicht zu erreichen ist. Ich weiss aber ebenso gut, dass die Gefahrenlage noch auf längere Zeit hinaus vorhanden ist, die die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen notwendig gemacht hat. Eine Aufhebung des Reichskommissariats kann also nur in Frage kommen, wenn diese Gefahrenlage nicht mehr besteht, oder wenn anstelle des Reichskommissars andere ausreichende Garantien für eine übereinstimmende politische Führung in Reich und Preussen geschaffen sind.

Eine Frage, die dem Wehrminister besonders am Herzen liegen muss, ist die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend. Ich gehöre allerdings nicht zu den Leuten, die der Jugend jeden Tag einmal erzählen, dass sie das Salz der Erde und die Blüte der Nation sei. Das führt nur zu einer Ueberheblichkeit und zu einer äusserlichen und innerlichen Disziplinlosigkeit, die uns in den vergangenen Jahren die Jugend manchmal ungeniessbar machte. Wieviel Väter, Mütter und Erzieher haben in diesen Zeiten sorgenvolle Briefe an den Wehrminister gerichtet mit der dringenden Bitte, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Und in der Tat gibt es keine bessere Schule für die Jugend, um Selbstdisziplin, äussere und innere Bescheidenheit und Kameradschaft zu lernen. Das ist auch ein Hauptgrund, warum ich mich wieder und wieder für die allgemeine Wehrpflicht im Rahmen einer Miliz einsetze. Solange das Diktat von Versailles uns diese wirkliche Lösung unmöglich machte, mussten andere Mittel gefunden werden. Zunächst erschienen die verschiedenen Bünde auf dem Plan und nahmen sich der Erziehung der Jugend an. Dafür soll man ihnen dank wissen, auch wenn man Auswüchse bekämpfen musste. Dann hat sich der Staat der Dinge selbst angenommen. Das Kuratorium für Jugendertüchtigung und die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes sind neben den staatlich unterstützten Sportvereinen aller Art die Früchte dieser Bemühungen.

Die Winternot der erwerbslosen Jugend hat die Reichsregierung zum Notwerk der deutschen Jugend veranlasst. Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Übungen und geistige Fortbildung zu verschaffen. Die Unterstützung soll ein Anreiz zur Hilfe aller Schichten des Volkes sein und den Verbänden und Bünden ein grosses Feld gegenbringenden Dienstes in Verbindung mit Staat und Selbstverwaltung eröffnen. Die Erfahrungen von Bünden und Stadtverwaltungen beweisen, dass das Notwerk in grossem Ausmasse erfolgreich gestaltet werden kann. Ferner gedenkt die Reichsregierung im Frühjahr das freiwillige Werkhalbjahr der Abiturienten und die freiwillige Bauernhilfe in Angriff zu nehmen. Das freiwillige Werkhalbjahr der Abiturienten soll dem Nachwuchs aller überfüllten Hochschulen Gelegenheit geben im Zusammenhang mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst, der Erntehilfe, dem Geländesport und dem Notwerk der deutschen Jugend gemeinsam mit Altersgenossen aller Volkskreise diese in praktischer Tätigkeit zu schulen und einen beispielhaften Volksdienst abzuleisten. Die Freiwillige Bauernhilfe soll jugendliche städtische Erwerbslose auf dem Lande in solchen Bauernwirtschaften, die sich bezahlte Arbeitskräfte nicht halten können, als mitarbeitende Haus- und Familiengenossen unterbringen.

Das Schicksal der Abrüstungsfrage wird, darüber ist sich alle Welt einig, auch für das Schicksal des Völkerbundes und damit für unsere weitere Mitarbeit im Völkerbund von massgebender Bedeutung sein. Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach seiner Grösse, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat. Um diesen Anspruch zu verwirklichen, wird die Reichsregierung in ruhiger Entschlossenheit und Stetigkeit an die grössten Aufgaben herangehen, die sich aus der augenblicklichen Lage ergeben. Sie weiss

dass den deutschen Lebensinteressen, die hierbei auf dem Spiele stehen, nicht mit gewagten politischen Experimenten, nicht mit abenteuerlichen politischen Kombinationen gedient sein kann. In nüchterner Würdigung der politischen Realitäten, zugleich aber auch im Vertrauen auf die gesunde innere Kraft unseres Volkes sind wir bereit zur aufrichtigen freundlichen Zusammenarbeit mit allen den Regierungen, die auch ihrerseits gewillt sind, eine Lösung der betroffenen internationalen Probleme auf dem Wege gerechter und williger Verständigung zu suchen."

Schleicher richtete dann einen Appell an die Wehrmacht und die Beamten-schaft zur Ueberparteilichkeit. Die Verbände, Gruppen und Parteien mahnte er, daran zu denken, dass sie nicht Selbstzweck seien und ihre Daseinsberechtigung verlieren würden, wenn sie sich der Mitarbeit am Staate entziehen. Er schloss: "Denen, die da meinen, eine autoritäre Staatsführung könne des Rückhalts im Volke entbehren, die darüber hinaus sogar jede Zusammenarbeit mit einem Parlament ablehnen und die Regierung in einen Konflikt hineintreiben wollen, möchte ich entgegenhalten, dass Wille und Mut allein zum Regieren nicht genügen, dass auch Verständnis für das Empfinden des Volkes und das Erkennen des psychologischen Momentes dazu gehören."

SPD. Frankfurt/M., 15. Dez. (Eig. Dr.)

Die sozialdemokratische Frankfurter "Volksstimme" veröffentlicht in ihrer Donnerstag-Ausgabe wahrhaft ekelerregende Einzelheiten über einen Instruktionsabend des SS-Sturmes 2 der Frankfurter Braunhemden. Zum Gebrauch von Schuss- und Stichwaffen wurde den "rauhem Kämpfern" empfohlen und praktisch vordemonstriert, die Pistolen nicht mit ausgestrecktem Arm abzufeuern, sondern fest an den eigenen Körper zu drücken, weil dann beim Abschuss der Lauf weniger zittere. Einen Messerstich solle man von unten nach oben gegen Magen oder Lunge führen, denn: "weh schon, denn schon!"

Im Anschluss an diese Instruktionen wurde in einem Frage- und Antwortspiel geprüft, ob der Mordunterricht das notwendige Verständnis fand. U.a. wurde die Frage gestellt: "Warum muss man den Gegner nicht nur verletzen oder zeitweilig kampfunfähig machen?" Drei Antworten erhielten von dem Instrukteur, einem bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. (Favag) angestellten Kaufmann Karl Ludwig das Prädikat "Sehr gut". Die erste lautete: "Weil eine Leiche nicht mehr reden kann!", die zweite: "Weil ich dann die Ausrede der Notwehr gebrauchen kann! und die dritte: "Weil dann seiner Partei eine Stimme fehlt!" Der Instrukteur unterstrich zum Schluss seine Belohnung: "Solange die Justiz wie heute ist, muss man dem Gegner den Mund schließen."

SPD. Fern im Süd verbringt Gregor Strasser seinen "Urlaub". Die Nazi-presse kennt ihn nicht mehr, und "die menschengewordene Eiche", dem die Nr. 51 der Nazi-Illustrierten fünf bebilderte Seiten widmete, ist samt den 80 000 gedruckten Exemplaren eingestampft worden. Gregor der Grosse schien verschollen. Plötzlich schallt aber sein Echo in dem Berliner Nazi-Oppositionsblatt von Dr. Otto Strasser, dem vor Jahren aus der Hitlerpartei ausgeschiedenen Bruder von Gregor. Was "die schwarze Front" in ihrer letzten Ausgabe dem Oberosaf und seinen "kuschenden Mameluken" ins Gesicht schleudert, ist die Abrechnung eines ehemaligen Nazimannes, der die letzte Hoffnung auf eine Änderung im Nazilager aufgegeben und deshalb die letzte Brücke hinter sich abgebrochen hat.

"Die Hitlerpartei muss sterben, dass der Nationalsozialismus lebe" ist die Balkenüberschrift dieses Artikels der sich über drei Seiten erstreckt.

Das hier durch Otto Strasser von Hitler und seinen Speichelleckern und damit von der Nazi-Partei entworfene Bild, stellt alles in Schatten, was die Fernstehenden bisher von diesen Volksbetrügnern und Scharlatanen nur ahnen konnten.

"Der Dank des gerissenen und charakterlosen Habsburgers" nennt Otto Strasser das Verhalten Hitlers, dem die starke, immer mehr an Popularität unter den Nazis gewinnende Person von Gregor Strasser schon lange ein Dorn im Auge gewesen sei. So habe Hitler schon längst einen Grund zur Entfernung Gregors gesucht. Mit dem Kuhhandel um die Preussenregierung war er gefunden.

"Gregor erkannte in seiner nüchternen Art, dass Hitlers Legalitätspolitik die Partei in eine Sackgasse geführt hatte, aus der nur durchvorsichtiges und geschicktes Manövrieren herauszukommen war. Gregor Strasser wies Hitler in der Auseinandersetzung darauf hin, dass die Partei eine Schuldenlast von etwa 12 Millionen RM habe und daher einfach einen neuen Wahlkampf finanziell nicht durchführen könne. Strasser wies bei seiner Darlegung noch auf die höhnische Drohung Schleichers gegenüber Göring hin, bei Verweigerung der "Anlauffrist" alle Finanzquellen für die Hitlerpartei zu sperren, und verlangte faktisch eine Annahme des Schleicherschen Ultimatums, um Zeit zu gewinnen, eine grundsätzliche Kursänderung der Partei durchzuführen."

Das waren nach der Darstellung Otto Strassers die Beweggründe der Taktik seines Bruders Gregor, zugleich aber war es auch für "die Primadonna Hitler" der längst gesuchte Vorwand, Gregor los zu werden.

Und die Unterführer Hitlers und Kameraden von Gregor? Strasser stellt den Spucknapf neben sich und sagt: "Die Mameluken kuschen." Er fährt dann fort

"Aber es erfüllt einen mit unsagbarem Ekel, zu sehen, wie sich diese Menschen, die Gregor Strasser meist Amt und Würde, Einkommen und Stellung verdanken, die in Hunderten von Gesprächen mit ihm über die falsche Politik und die Unzulänglichkeit Hitlers sich einig waren und immer wieder mit Schwur und Handschlag ihm ihre Ergebenheit und ihre Freundschaft zusicherten - wie diese feigen Burschen sich nun in "Treueerklärungen" gegenüber Hitler über schlugen, um ihre Mandate, ihre Autos, ihre Rieseneinkommen zu sichern. Vielleicht reizt es uns, eines Tages Gestalten wie Wilhelm Kube, Gottfried Feder, Heinrich Lohse, Hans Hinkel, Karl Kaufmann und viele andere nackt zu zeigen - wenn wir dem deutschen Volke nicht doch den Anblick solcher Jammerlappen ersparen wollen. Heute begnügen wir uns mit der kurzen Tatsachenschilderung, dass alle Bonzen und Bönzchen angstvoll um die Futterkrippe drängten und Herrchens Hände leckten, der die Tröge füllt!... Schade, dass sich kein Maler fand, der den Ausdruck der Angst vor Ungnade und der Gier nach Futter in den Mienen dieser "wackeren Helden" festgehalten hat - die Photomontage menschlicher Niedertracht wäre um eine neue, reizvolle Einzelheit vermehrt worden."

Einer ist es vor allem, dem die Peitsche Strassers ins Gesicht knallt, Joseph Goebbels, der mit der "Rachsucht des Krüppels" seit Jahr und Tag nachgesonnen habe, wie Gregor Strasser gestürzt werden könne. Gregor und Joseph, einer hatte den anderen gleich lieb und das gleiche Verhältnis erweiterte sich im Dreieck zu Hitler! Einer hasste den anderen, aber für Goebbels übertraf der Hass gegen Gregor selbst den des "klumpfüssigen Verräters" gegen Hitler. Goebbels ertrug von Hitler jede Kränkung, jede Ohrfeige, jede Demütigung, alles zu dem Zweck, seine Rache an Gregor zu kühlen. Goebbels genießt sie jetzt und Otto Strasser erzählt, sein Bruder sei von der Hinterhältigkeit Hitlers und der Feigheit der "Freunde" derart angeekelt und niedergedrückt, dass er die Absicht habe, sich völlig aus der Politik zurückzuziehen.

Das ist das Konterfei Hitlers und seiner Bewegung, gezeichnet von einem Mann, der hinter die Kulissen gesehen hat. Ein Sumpf von menschlicher Gemeinheit und Niedertracht. Mameluken und Postenjäger, denen der Zweck jedes Mittel heiligt; das sind "die Erneuerer Deutschlands" und "die Erretter des deutschen Volkes"; das ist "die revolutionäre, sozialistische Arbeiter-

partei" und ihr Diktator und Führer Hitler! Wo aber eine solche menschliche Verworfenheit und solcher persönliche Egoismus die Triebkraft des Geschehens ist, was kann und muss eine Bewegung sein und eine Partei, die von derartigen Kreaturen gelenkt, geleitet und bestimmt wird? Führer und Partei, Hitler und seine Braunen Häuser: es ist Volksbetrug und Arbeiterverrat. Würde ihm nicht das deutsche Volk ein schnelles Ende bereiten, er müsste früher oder später an den eigenen Lügen und Niederträchtigkeiten ersticken. Das ist die Lehre des Falles Gregor Strasser.

SPD. Paris, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Sozialistische Kammerfraktion hat am Donnerstag beschlossen, keineswegs einer Regierung das Vertrauen zu gewähren, die sich nicht auf die aus den letzten Wahlen hervorgegangene Mehrheit stützt. Die Fraktion fordert von der neuen Regierung ein kühnes Reform- und Friedensprogramm.

SPD. Wieder haben sich die Nazis eine Abfuhr geholt. Ihr Angebot an die Deutschnationalen, sich mit zwei Ministern an einer neu zu bildenden Preussenregierung zu beteiligen und dafür Goering zum Ministerpräsidenten zu wählen, haben die Hugenbergler am Donnerstag abgelehnt. Diese Abfuhr war von allem Anfang an zu erwarten; denn dass den Deutschnationalen die deutschnationale Kommissariats-Regierung lieber ist als eine Regierung, in der sie nur ein Anhängsel bilden, lag auf der Hand. Nur die Nazis haben es erst nachträglich begriffen.

SPD. Genf, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Neunzehnerausschuss der Völkerbundsversammlung hat am Donnerstag in geheimer Sitzung einstimmig einen Bericht seines Redaktionskomitees angenommen, der als Grundlage für die Verständigungsverhandlungen über den Mandschureikonflikt dienen soll.

Einleitend bezieht sich der Bericht auf die Entschliessung der Vollversammlung vom 11. März, in der feierlich die Nichtanerkennung aller durch Gewalt und entgegen dem Völkerbunds- und Kelloggspakt sowie dem Neunmächtevertrag von Washington geschaffenen territorialen Veränderungen ausgesprochen wird. Dann werden die von der Lyttonkommission aufgestellten Bedingungen für eine befriedigende Lösung und die praktischen Ausführungsvorschläge, wie sie im Kapitel 9 und 10 des Lytton-Berichtes enthalten sind für die Verhandlungen als Richtschnur empfohlen. Endlich wird unter der Bedingung der Annahme durch die Beteiligten die Einladung Amerikas und Russlands zu den Verhandlungen vorgesehen.

Der Präsident des Neunzehnerausschusses hat den Vertretern Chinas und Japans den Beschluss bereits übermittelt.

SPD. Unsere Pariser Meldung auf Seite 2 ist wie folgt zu ändern:

Chautemps nahm den Auftrag im Prinzip an und setzte sich nach seiner Rückkehr aus dem Elysée sofort mit Persönlichkeiten in Verbindung, die er in sein Kabinett aufzunehmen gedenkt. Er hofft im Laufe des Freitag dem Präsidenten der Republik ein Ministerium vorstellen zu können.

SPD. Darmstadt, 15. Dezember (Eig. Dr.)

Der Nazigauleiter und Führer der hessischen Landtagsfraktion Lenz hat die "Hitlerkrankheit" bekommen und ist vom Oberosaf "beurlaubt" worden.

Lenz ist in Hessen berühmt wegen seiner hemmungslosen Lebensführung. Geschadet hat ihm aber nur die Unordnung in der Geschäftsführung der Gau-
leitung. Sein "kommissarischer" Nachfolger ist der Frankfurter Oberpostinspektor und Reichstagsabgeordneter Sigmund Sprenger, der durch eine anrüchige Diätenaffäre "berühmt" geworden ist. In hessischen Nazikreisen herrscht Verstimmung darüber, dass es nach dem Preussen Gmeinder und dem Badenser Lenz nun wieder ein "Ausländer" ist, in dessen Hände die Geschicke der hessischen Nazis gelegt werden.

SPD. Der Reichsrat stimmte am Donnerstag dem vom Reichstag verabschiedeten Stellvertretungs-Gesetz für den Reichspräsidenten zu. Auch das vom Reichstag beschlossene Gesetz, das die sozialpolitische Ermächtigung der Reichsregierung in der Notverordnung vom 4. September wieder aufhebt, wurde mit der Massgabe vom Reichsrat endgültig verabschiedet, dass das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten soll.

SPD. Rostock, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistische mecklenburgische Regierung hat verfügt, dass die von der nationalsozialistischen Kammermehrheit der Universität Rostock angesetzten Asta-Wahlen nunmehr unverzüglich erfolgen sollen. Damit hat die Hitler-Regierung die Bestrebungen der nationalsozialistischen Asta-Mehrheit zunichte gemacht, die durch eine neue studentische Verfassung Wahlen in Zukunft verhindern und einen nationalsozialistischen Diktator mit fast unbeschränkten Vollmachten zum alleinigen Gebieter machen wollte. Dieser sollte sogar das Genehmigungsrecht für Verbände haben. Die Nationalsozialisten kündigten unverblümt an, dass sie studentische Verbände, soweit sie links stehen, nicht zulassen würden. Weiter sollte die studentische Verfassung dem sogenannten Führer ziemlich unbeschränkte Disziplinarrechte verleihen und Studenten ohne weiteres von der Universität ausweisen können. Die Hitlerianer wollten selbst bei der Berufung von Professoren ein entscheidendes Wort mitzureden haben.

Die Asta-Wahlen werden diese dunklen Pläne voraussichtlich ad absurdum führen. Es ist immerhin interessant, dass die Hitler-Regierung durch ihre Verfügung die Absicht der nationalsozialistischen Asta-Mehrheit durchkreuzt hat.

SPD. Der Führerkrach und die schwelende Rebellion im Nazilager hat die Angst Hitlers um seinen Thron wachgerufen. Um ihn zu stützen und vor jeder Ueberraschung gesichert zu sein, hat der Oberosaf nach Moskauer Art an die Spitze der Gaue Kommissare gesetzt. Sie unterstehen höchstpersönlich dem Nazi-Diktator, befehlen in seinem Namen und sind nur ihm selbst verantwortlich. Selbstverständlich, dass sich diese "Kommissare" wiederum mit einem Stab willfähiger Kreaturen und Spitzeln umgeben. Diese Neu-Einrichtung zeigt deutlich, wie sich die Beurlaubung Strassers in den einzelnen Gauen auswirkt und welcher Mittel es bedarf, das System Hitler zu erhalten und den Brand zu löschen.

SPD. In der Donnerstag-Sitzung des Preussischen Landtags kam es zunächst zu einer Debatte über Bergwerksstillegungen. Der Sozialdemokratie Vogt-Bochum zeigte an dem Beispiel der Zeche Sachsen bei Hamm, wie wenig die kapitalistische Zerstörungswut gegenüber wertvollen Produktionsanlagen und Arbeitsplätzen mit Produktivität und Rentabilität zu tun hat.

"Unaufhörlich", erklärte Vogt-Bochum, "fährt der Kapitalismus in der brutalen Vernichtung von volkswirtschaftlichen Werten und Arbeitsplätzen fort. Die Zeche Sachsen ist noch bis vor kurzem als technische Höchstleistung des Ruhrbergbaues gerühmt worden. Ihre Kokereien und die mechanischen Transportanlagen wurden als die modernesten Europas gefeiert. Jetzt will man das ganze Werk verschrotten und die Arbeitersiedlungen verfallen lassen. Die Zeche Sachsen hat ursprünglich der Mansfeld A.G. gehört. Ihr hat der rheinische Eisenhändler Otto Wolff grosse Kredite eingeräumt, die nicht abgedeckt werden konnten. So hat er die Hälfte der Cuxe von Sachsen übernehmen müssen, und die Verträge waren derart, dass sie zu einem ewigen Streitobjekt zwischen der Mansfeld A.G. und Otto Wolff werden mussten. Aus diesen Konflikten hat man sich gerettet durch den gemeinsamen Verkauf aller Sachsen-Cuxe an die Familie Haniel. Aber deren Interessen liegen nicht bei Hamm, sondern am Niederrhein, und so waren die Haniels von vornherein nicht auf die Zeche Sachsen aus, sondern lediglich auf ihre Quote, die sie auf ihre niederrheinischen Unternehmungen übertragen wollten. Natürlich fanden sich leicht die erforderlichen Gutachten dienstfertiger Professoren, Juristen und Syndici, dass Sachsen unrentabel geworden sei. Tatsächlich hat diese Zeche hochwertige Kohle und ein für die Gasfernversorgung der ganzen Provinz Hannover günstiges Wirtschaftsgebiet. Die Stilllegung der Zeche Sachsen wäre deshalb ein wirtschaftlicher und sozialpolitischer Wahnsinn, und der Landtag muss ihr von vornherein vorbauen."

Im Sinne dieser Rede legte dann der Landtag auf Antrag der Sozialdemokratie gegen die Stilllegung der Zeche Sachsen Verwahrung ein.

Das nächste Verhandlungsthema war eine von der Sozialdemokratie beantragte Hilfsaktion für die Privatschiffer auf der Oder. Sie gab dem Nazi-Germanen Adamczyk Veranlassung, eine Nazi-Musteragitationsrede Schema F zu halten: 13 Jahre lang habe die Sozialdemokratie regiert, habe liberalistisch-kapitalistisch die Wirtschaft ruiniert und jetzt beschwere sie sich noch über die Folgen ihrer eigenen absoluten Untätigkeit. Dem guten Adamczyk passierte dabei in seiner völligen Ahnungslosigkeit das Unglück, dass er die Sozialdemokratie verantwortlich machte für das Grosswerden jüdischer Kohlenhandelsfirmen wie Cäsar Wollheim. Das ist ungefähr so gescheit, als wenn man behaupten wollte, die Sozialdemokratie habe Bleichröder grossgemacht; denn die Glanzzeit von Bleichröder und Cäsar Wollheim fällt genau in die gleiche Zeit, in den Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, in die ersten Gründerjahre des geeinigten Deutschland. Aber der sozialdemokratische Abgeordnete Simon-Neusalz und der Zentrumsabgeordnete Sawatzki hatten schon recht, dass es völlig aussichtslos ist, einen dieser geistig minderwertigen Naziagitatoren mit ihren einstudierten Hetzphrasen über die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Wirklichkeit aufklären zu wollen. So beschränkte sich Simon auf eine wirkungsvolle Zusammenstellung dessen, was in den Jahren sozialdemokratischer Mitregierung gerade auch für die Oderschiffahrt geleistet ist.

Simon-Neusalz sagte unter dem Beifall der Sozialdemokraten, "ehe die Nazis auf die politische Bühne getreten sind, hat die Sozialdemokratie - bemerkenswerter Weise mit Hilfe der Kommunisten und Deutschen Volkspartei gegen das Zentrum - den Bau der grossen Odersperre bei Ottmachau durchgesetzt. Jetzt vor wenigen Tagen ist eins der schlimmsten Hindernisse der Oderschiffahrt, die alte Holzbrücke bei meiner Heimatstadt Neusalz beseitigt und die neue Brücke eingeweiht worden. Auch hier war es die Sozialdemokrat,

die ein uraltes Versprechen Wilhelms des Letzten an die Oderschiffer eingelöst hat. Den Hafen von Neusalz haben wir an die Genossenschaft der Oderkleinschiffer kostenfrei auf 99 Jahre verpachtet. So haben wir schon seit mehr als einem Jahrzehnt in engster persönlicher Zusammenarbeit mit den Oderschiffen für ihre Interessen gekämpft. Die Nöte der Weltwirtschaftskrise haben wir ihnen dadurch nicht ersparen können. Aber über das unwissende Geschwätz der Nationalsozialisten gehen wir voll Verachtung zur Tagesordnung über.

Ein gleiches Mass von Unwissenheit wie hier die Nazis mussten bei dem nächsten Tagesordnungsgegenstand die Kozi an den Tag legen. In Ostfriesland bestehen seit Jahrhunderten urälte, völlig überholte, sehr verwickelte Pachtverhältnisse. Wiederholt hat der Landtag eingegriffen, den Pachtbauern zu helfen, aber die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sie in immer neue Nöte gestürzt. Nun kamen die Retter: Am 26. November nahmen Nazi und Kozi im Landtag ein Gesetz an, das alle rückständigen Pachtzinsen einfach strich. Herrliche Radikalkur! Nur nutzt sie den Pachtbauern nichts, weil ein solches preussisches Gesetz gegen Reichsverfassung und Reichsrecht verstösst. Die Nazi hatten das inzwischen kapiert und sich vom Erlass auf die juristisch mögliche und durchsetzbare Stundung zurückgezogen. Aber die Kommunisten tobten weiter und beschimpften alle wegen Feigheit und Verrat, die nicht nach ihrem Willen ein neues ungültiges Gesetz beschliessen wollten. Gerade in diesem ungültigen Gesetz fand der Kommunist Rau einen Beweis der wachsenden revolutionären Kraft des Proletariats, während der Sozialdemokrat Bubert in einer ausgezeichneten klaren Rede das Fassen ungültiger und rechtsunwirksamer Beschlüsse vielmehr für einen Beweis der geistlosen und leichtfertigen Schluderarbeit der Nazi-Kozi-Mehrheit ansah. Aber nachdem heute ein kommunistischer Abgeordneter der Welt verkündet hat, Marxismus sei, dass die Arbeiter raubten und plünderten, was ihnen fehle, darf man sich ja wohl über nichts mehr wundern.

Am Freitag stehen die Kulturanträge auf der Tagesordnung, soweit sie sich auf Theater, Rundfunk und allgemeine Fragen beziehen. Dann will der Landtag bis zum 17. Januar in die Weihnachtsferien gehen.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Eichbaum flüstert.

SPD. Herr Gregor Strasser, der deutsche Eichbaum, wie ihn der "Illustrierte Beobachter" in der eingestampften Nummer nannte, ist mit unbekanntem Ziele verschwunden. Man hört sagen, dass er nach Südtirol gegangen sei, um sich dort von den Strapazen des Führerkrakeels in der NSDAP zu erholen, wieder andere wollen wissen, dass er die Nase endgültig voll habe und deshalb eine stille Apotheke in Oberbayern suche. Bekannt aber sind einige wenige Aussprüche, die er auf der Durchreise in München fallen liess. Er war in München angelangt, als die Nachricht bekannt wurde, dass Hitler vor der Nazi-Reichstagsfraktion mit der Reitpeitsche herumgefuchelt habe und sich Loyalitätskundgebungen habe geben lassen. Da tat Strasser den Mund auf und redete:

"Von den Schlotterhosen, die sich von Küchen und Kassen nicht trennen können, und die von Revolutionen nur reden, wenn sie Geld in der Tasche und gute Kost im Wampen haben".

Ueber seine ehemaligen Fraktionskollegen aus der Reichstagsfraktion der NSDAP und ihre Loyalitätsbeteuerungen gegenüber Hitler bemerkte er:

"Das ist nichts weiter als die Gehaltsquittung seiner Reichstagsheloten. Ich war ein Tor, dass ich nicht beachtete, dass nun ja das Weihnachtsfest vor der Tür steht und in Deutschland Revolutionen niemals vor den Festtagen gelungen sind."

Herr Gregor Strasser hat nur sehr wenig den Mund aufgetan. Aber was der deutsche Eichbaum da von Küchen und Kassen, von Reichstagsheloten und der guten Kost im Wampen säuselt, das ist ganz echt! Das Braune Haus und das Hotel Kaiserhof, die Luxusautos des Osafs, seine Köche und seine Parvenüallüren, alles das ist mit wenigen Worten getroffen. Diese Sätze eines Wissenden erklären aber auch, warum Hitler krampfhaft bemüht ist, den Bruch mit Strasser wieder zu leimen. Denn Strasser - weiss alles!

Die Untertanenseele.

Eine Dresdener Zeitung rutscht vor dem ehemaligen sächsischen Königshaus auf dem Bauche und wedelt dazu mit dem Schweife. Sie beweihräuchert die frühere Königin Carola von Sachsen in einer Tonart, die der für den Untertanengeschmack bestimmten Generalanzeigerpresse der Vorkriegszeit Ehre gemacht hätte: "Eine vorbildliche Landesmutter... eine der edelsten Frauen... Im Sachsenlande noch heute unvergessen... Ueber das Grab hinausgetragen von der Liebe ihres Sachsenvolkes." Wer ist's, der sich so königsfromm, so monarchisch bis auf die Knochen, so schweifwedelnd untertanenmässig benimmt und auf die Untertanengesinnung des Spiessbürgertums spekuliert? Es ist das Naziorgan von Dresden, der "Freiheitskampf". Nennt sich "Freiheitskampf" und hat eine dreckige kleine Untertanenseele!

Auwi, der Naziprinz, wird vor Neid erblassen, dass solches Lob seiner Familie noch nicht in der Nazipresse zu lesen war! Aber was noch nicht ist, kann noch werden und dann können die Nazibonzen zusammentreten, preisend mit viel schönen Reden ihrer Fürsten Wert und Zahl!

Schwein und SA.

In Timmerlah in Braunschweig hat der SA-Mann Wilhelm Kasten (wir führen Ort und Name genau an, damit man uns nicht boshafter Erfindung verdächtige), der bei einem Landwirt in Arbeit steht, gewöhnheitsmässig widernatürliche Unzucht mit einer Sau betrieben, sodass sich die Staatsanwaltschaft seiner angenommen hat. Dieser Mann, de innere Verwandtschaft zum Schwein zog, hat von Röhms einen Orden verdient! Es ist ihm gelungen, Röhms kleine Negerjungen glänzend zu überbieten, er hat gezeigt, was ein tüchtiger SA-Mann alles lernen kann, wenn ihm sein Führer mit gutem Beispiel voran geht! Vor allem hat dieser Sodomit aus der Mannschaft Röhms einen Versuch unternommen, der von tiefer Einsicht in das wahre Wesen der SA zeugt. Eine Kreuzung aus Schwein und SA - das wird erst die richtige Rasse geben!

Nazi=Konsequenz.

Auf dem Lande führen die Nationalsozialisten grosse Reden von der Notwendigkeit der Solidarität der Landwirtschaft gegen den Gerichtsvollzieher. Sie toben gegen jüdische Viehhändler und Fleischer, deren einziges Streben es angeblich sei, gepfändetes Vieh christlicher Bauern einzurammen. Das ist die Agitation. Die Praxis aber sieht anders aus. In Elsbach im Odenwald wurde einem nationalsozialistischen Bauern für rückständige Gemeindesteuern ein Rind gepfändet. Als es zur Versteigerung kam, war kein Viehhändler und kein jüdischer Fleischer vorhanden, der geboten hätte. Dennoch wurde das Rind zu einem Schundpreis losgeschlagen. Die es ersteigerten, waren zwei nationalsozialistische Fleischer! Es lebe der Gerichtsvollzieher!

Ein Posthelfer in Erfurt, strammer Nazi, sollte gepfändet werden. Er empfing den Gerichtsvollzieher mit den Worten: "Was sind Sie? A... sind Sie! Wenn wir Nazis drankommen, sind Gerichtsvollzieher und Juden die ersten, die dran kommen!" Nieder mit dem Gerichtsvollzieher!

Ein Unbekannter in Halle a.S. hat schreienden Widerspruch zwischen Naziwort und Nazitat treffend erfasst. Er hatte in einer Leihbibliothek das sogenannte Horst-Wessel-Buch entliehen und las dort eine Schilderung, wie ein Dutzend Hakenkreuzler um Reichsbannerleute zu höhnen, Bananen gekauft und damit präsentiert hätten. Der Unbekannte schrieb an den Rand dieser Schilderung: "Ihr Schweinehunde, kauft deutsches Obst!"

Friede auf Erden....

Aus einer Betrachtung über den Spielwarenmarkt: "Die billige Type eines Tanks ist völlig vom Engroslager verschwunden. Eine grosse Renaissance haben Bleifolddaten erlebt und Modelle von Geschützen, Panzerwagen und anderen Ausrüstungsstücken, Zehntausende von Tanks von fünfundneunzig Pfennig an, Tausende von Kanonenmodellen in wirklichkeitsechter Ausführung, Feldhaubitzen, Mörser, Flaks und Küstengeschütze...."

... und den Menschen ein Wohlgefallen!

Aus aller Welt

Braune Weihnachten.

Womit Nazikinder spielen.- Im Ramschgeschäft der Hakenkreuzler.- Hitler mit dem beweglichen Arm.

SPD. In der Naziseele schlummert Gemüt. Was mögen also die wackeren SA= und SS=Eltern ihren Kindern als Weihnachtsmärchen erzählen? Wir schlagen vor: die Geschichte von der Weih=Nacht der langen Messer.

Auch die Erwachsenen bekommen ihre Weihnachtsmärchen. Man wird ihnen z.B. berichten, dass Hitler, der Retter, nahe ist, und dass damit der schöne Weihnachtschoral erst seinen rechten Sinn erhält. Wer aber stets Märchen hören will, erhält ein Dauerabonnement für den "Völkischen Beobachter" auf den Gabentisch!

Vaters Lunge, mit "Heil Hitler"= und "Juda verrecke"=Gebrüll reichlich strapaziert, bekommt ebenfalls ihr Teil: Sturmzigaretten - anzünden und losrennen ist eins! Ausserdem dreht sich Vatern auf der nationalsozialistischen Schallplatte eine Rede von Goebbels. Diese Platte ist ein technisches Wunderwerk. Das Grammophon, auf dem sie gespielt wird, braucht keinen Lautsprecher. Goebbels - mit dem weihnachtlich=biblischen Vornamen Joseph - ist sein eigener Lautsprecher.

Vielleicht kommt aber dem wackeren SA=Vater die Rede etwas abgestanden vor? Vielleicht hat alles, was er hört, den berühmten langen Bart? Auch daran denkt der braune Weihnachtsmann. Er hat zur Beschneidung (Verzeihung, Herr Goebbels!) abgestandener Reden und für jeden weiteren parteiamtlichen Gebrauch "Rasierklingen Marke SA" mitgebracht. Sie sind echt "SA"-geschliffen werden sie nicht zu knapp, aber Schliff haben sie darum nicht.

Vaters Hauptgeschenk: "SA= und SS=Pullover, besonders warm". Das ist eine wirklich praktische Gabe. Muss doch Vater in Berlin und anderswo den ganzen Tag in Kälte und Regen auf der Strasse stehen und sich seine Löhnung zusammenbetteln. Den Sweater kann er in Zivil weitertragen - lange, sagt er, macht er den dofen Zimt doch nicht mehr mit. Im geheimen schimpft er schon seit Monaten auf die verdammte SA=uerei.

Für Mutter ist auch allerhand da. Die Hakenkreuz=Ausstechformen für Kuchen hat sie schon vor dem Fest in Gebrauch genommen. Dann schenkt ihr Vatern ein paar Bettvorleger - zum Frost dafür, dass den Nazis jetzt so viele Felle weggeschwommen sind. Ausserdem bekommt sie eine ganze Menge P rzel=lan - die NSDAP hat noch nicht genug zerschlagen. Eine Uhr wird die Wohnstube schmücken - damit Mutter die Zeit bis zum Anbruch des Dritten Reiches rascher vergeht. Aber einen Leuchter, den sie sich schon immer gewünscht hat, bekommt sie nicht. Ihr Mann will nicht, dass den Frauen der "Bewegung" ein Licht aufgeht.

Womit Nazikinder spielen? Das Schaufenster der "Zeugmeisterei-Ost" in der Berliner Wilhelmstrasse gibt einen hübschen Ueberblick: die ältesten

Ladenhüter, Ritterburgen, Flugzeuge, Kanonen und Segelschiffe bekommen ihre Hakenkreuz-Etikette und sind nun geheiligt. Puppen gibts auch, Mädels und Jungens, als SA und SS, Stück 2,50. Die Köpfe sind hohl, die Naturtreue ist also bis ins Letzte durchgeführt.

+

Das Schaufenster birgt mehr der Wunderlichkeiten. Unter wehenden Hakenkreuzfahnen marschieren nationalsozialistische Zinnsoldaten: SA-Männer, SS-Leute, Motorstaffeln, SA - zu Pferd - alles in Reih' und Glied, die einzelnen Züge nicht zu dicht - damit's nach mehr aussieht! Standartenführer, Banner-träger: die ganze Naziparade steht da - auf Sand gebaut (ganz wie in Natur!). Und in der Mitte der "Führer"! Flankiert von der Leibgarde der SA und SS. Nur die Nilpferdpeitsche fehlt.

+

Der um (weih)nachtete SA-Vater ist glücklich: der kleine Hitler ist auch einzeln zu kaufen. Schön bunt angemalt (der Mund, sehr naturgetreu, ist etwas zu gross geraten) steht er im Fenster mit starr in die Luft gestrecktem Arm, als ob er sich selbst "Heil Hitler" zuriefe. Sein Arm ist eine Spezialität, im Armlisch ist sicher ein Kugelgelenk, über dem Püppchen prangt ein empfehlendes Schild: "Hitler mit beweglichem Arm, 30 Pfennig."

+

Wer will da noch behaupten, die Nazis seien festgefahren? Weihnachten 1932 belehrt alle eines besseren: die Hitler=Puppe kann ihren Arm bewegen. Und der billige Jacob hat leicht reden: "-Na, man immer mal ran, die Herrschaften! Na, wer hat noch kein', na, wer will noch ein'? Hitler mitm beweglichen Arm, Stück für Stück drei Groschen, solange der Vorrat reicht. Immer mal ran, ehe die Herrlichkeit zu Ende ist..."

+

+

+

Autounglück. Zwischen Iglis und Innsbruck stiess das Auto eines Berliner Studenten gegen eine von unbekanntem Tätern errichtete Barrikade. Der Wagen wurde in den Strassengraben geschleudert. Die Insassen, der Besitzer des Wagens und eine 21jährige Pharmaziestudentin aus Berlin-Friedenau, erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

+

+

+

Schäfers Koffer. Im Gepäckraum des Bahnhofs Mühlhausen in Thüringen wurden zwei Koffer des verschwundenen, der Untreue beschuldigten Bankdirektors Schäfer von der Düsseldorfer Filiale der Dedi-Bank gefunden. Schäfer hat die Koffer auf seiner letzten Geschäftsreise Anfang November dieses Jahres von einer mitteldeutschen Station her zur Bahnlagerung aufgegeben. Die Koffer wurden nunmehr nach Düsseldorf gebracht und dort geöffnet. Einer von ihnen enthält wichtige Korrespondenzen, Saldenaufstellungen, Kostenauszüge und Handakten, aus denen die Untersuchungsbehörden möglicherweise nähere Rückschlüsse über Grad und Umfang der Schäfer'schen Verfehlungen ziehen können.

+

+

+

109 000 Mark unterschlagen! Der Registrator August Kern wurde von der Strafkammer des Landgerichts II Berlin wegen Unterschlagung von 109 000 Mark zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt. Den Verlust trägt der "Reichsverband der Deutschen Luftfahrtindustrie".

+

+

+

50000=Mark=Gewinn. In der Ziehung der dritten Klasse der Preussisch-Süddeutschen Staatslotterie entfiel auf das in Vierteln in der Provinz Brandenburg und in Achtern in Berlin gespielte Los Nr. 152 643 ein Gewinn in Höhe von 50 000 Mark.

+

+

+

Das sprengende Eis. In Riga wurde eine über die Düna führende grosse Betonbrücke durch Schlammeismassen gesprengt.

+

+

+

Verhaftete Mörder. Die Altonaer Polizei ermittelte und verhaftete die beiden Täter, die vor einigen Tagen den Villenwächter Godenschwegen ermordeten.

+ + +
"Bremen"-Rekord. Der Lyloddampfer "Bremen" brauchte zu seiner letzten Ozeanüberquerung die Rekordzeit von 4 Tagen, 15 Stunden und 56 Minuten. Der letzte Rekord über die Ozeanstrecke ist damit um 47 Minuten verbessert.

+ + +
Der Herforder Sprengstoffdiebstahl. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte 13 kommunistische Angeklagte, die im Juli 1931 ein Sprengstofflager in Herford ausräumten, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen das Republikenschutzgesetz, teilweise in Tateinheit mit schwerem Diebstahl und Sprengstoffverbrechen sowie wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz in zwei Fällen zu Festungshaft, in vier Fällen zu Gefängnis bis zu 3 Jahren 6 Monaten, in sieben Fällen zu Zuchthaus bis zu 3 Jahren 6 Monaten. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

+ + +
Paragraph 218... Vor dem Schwurgericht Wiesbaden begann am Donnerstag die auf drei Tage angesetzte Verhandlung gegen die der gewerbmässigen Abtreibung beschuldigte Wiesbadener Frauenärztin Frau Dr. Wehner. Die Angeklagte soll sich in den Jahren 1927/30 13 Mal gegen die Bestimmungen des § 218 des STGB vergangen haben. Unter den Sachverständigen ist der bekannte Berliner Universitätsprofessor Liebmann. Zur Verhandlung sind über 20 Zeugen geladen. Die Angeklagte behauptete, dass sie unschuldig sei. Sie erklärte, dass sie Eingriffe stets nur dann vorgenommen habe, wenn nach ihrer Ueberzeugung durch die Geburt eines Kindes das Leben der Mutter gefährdet worden wäre. Im übrigen habe sie sich diesen Tatbestand dann auch noch - entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen - jeweils durch das Attest eines hinzugezogenen zweiten Arztes bestätigen lassen.

+ + +
Felseneck-Anträge. Im Berliner Felseneck-Prozess gegen 24 nationalsozialistische und kommunistische Angeklagte beantragte am Donnerstag Staatsanwaltschaftsrat Stenig nach mehrtägigem Plädoyer insgesamt 102 Jahre Zuchthaus und Gefängnis. Zwei kommunistische und ein nationalsozialistischer Angeklagter sollen freigesprochen werden. Fünf Nationalsozialisten sollen wegen Raufhandels in Tateinheit mit versuchtem Totschlag zu Zuchthausstrafen bis zu 2 Jahren sechs Monaten verurteilt werden. Die kommunistischen Angeklagten hält der Staatsanwalt zum Teil des vollendeten Totschlags, ausserdem des Raufhandels in Tateinheit mit vollendetem und versuchtem Totschlag, des unbefugten Waffenbesitzes und des Raufhandels mit gefährlicher Körperverletzung für schuldig. Die beantragten Strafen bewegen sich zwischen einem Jahr Gefängnis und acht Jahren Zuchthaus. So sollen z.B. die kommunistischen Angeklagten Fischer und Heels mit je acht Jahren Zuchthaus, die meisten anderen kommunistischen Angeklagten mit ungefähr sechs Jahren Zuchthaus bestraft werden. Gegen mehrere der auf freien Fuss befindlichen Angeklagten wurde Haftbefehl beantragt. Staatsanwaltschaftsrat Stenig begründete das hohe Strafmass damit, dass im vorliegenden Falle und bei der gegenwärtigen Entartung des politischen Kampfes die Strafen nach den Grundsätzen der Abschreckungstheorie bestimmt sein müssten.

Die Verkündung der Strafanträge rief auf den Anklagebänken grosse Erregung hervor. Sowohl die Kommunisten als auch die Nationalsozialisten protestierten lebhaft. Der Angeklagte Becker rief zum Staatsanwalt: "Die Strafe, die Sie gegen mich beantragt haben, können Sie selbst absitzen!"

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Vor allem Gerechtigkeit!

SPD. Für alle Uebel der Welt wird in der seit Jahren tobenden Hetze gegen die Gewerkschaften der "Marxismus" verantwortlich gemacht. "Marxismus" - das ist so ziemlich das Schlimmste, was man einem Menschen nachsagen kann. Auch die christlichen Gewerkschaften wurden zu "Marxisten" gestempelt. In den Besprechungen des Reichskanzlers von Schleicher mit den Gewerkschaften hat daher ein Vertreter der Christen der Papenregierung in scharfen Worten den Missbrauch des Wortes "Marxismus" vorgeworfen. Die Antwort des Kanzlers auf diesen gegen die Papen-Regierung gerichteten Vorwurf hat, wie das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften in seiner Stellungnahme zum neuen Kabinett mitteilt, so gelautet: "Sie haben das Wort nie von mir gehört."

Der Sinn dieses Wortes kann nur der sein, dass der Kanzler den Gewerkschaften - auch den freien Gewerkschaften - vorurteilslos gegenübersteht, dass er auch den Gewerkschaften gegenüber nur eine sachlich orientierte Politik zu treiben gedenkt, weil nur eine sachliche Politik eine gerechte Politik ermöglicht.

Gleichmässige Verteilung der Opfer - das ist nach einer Erklärung des Reichskanzlers über sein Regierungs- und Arbeitsprogramm die unerlässliche Voraussetzung für den Kampf zur Ueberwindung der Krise. Wie im Krieg, so sei auch heute die Tatsache entscheidend, dass das Volk nur dann die von ihm geforderten grossen und schweren Opfer bringen könne, wenn diese Opfer allen Bevölkerungskreisen gleichmässig auferlegt würden.

Im Sinne dieser Auffassung hat die Regierung allem Anschein nach nun auch einen Versuch unternommen, den Spitzengehälterkandal auszuräumen. Jedenfalls scheinen die Spitzen der Industrie scharf unter Druck genommen worden zu sein, denn auf dem Hauptausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie teilte Krupp von Bohlen und Halbach mit, dass nicht nur für die öffentlichen und subventionierten Betriebe Höchstgehälter festgesetzt werden sollen, sondern auch erwogen worden sei, "allgemein gültige Bestimmungen über die Grenze der Höchstgehälter in der Privatwirtschaft" zu erlassen. Wir sind gespannt, ob wirklich der aufreizende Spitzengehälterkandal nun endlich aus der Welt geschafft wird. Zeit wäre es. -

+

Gleichmässige Verteilung der Opfer - vielleicht lässt sich die Regierung von diesem schönen Grundsatz auch in der Frage des Abbaus der Juni-Notverordnung leiten, die die unerträgliche Kürzung der Unterstützungen und Renten gebracht hat. Im Haushaltsausschuss des Reichstages ist mit einer Mehrheit von Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die Aufhebung dieser Notverordnung beschlossen worden. In den offiziellen und inoffiziellen Regierungsorganen wurde dieser Beschluss als Bedrohung der Sozialversicherung hingestellt. Ganz so schlimm liegen die Dinge aber wohl kaum. Jedenfalls war der Unterstützungs- und Rentenabbau vom Juni ein Unrecht gegenüber den ärmsten Schichten der Bevölkerung. Schon die Papenregierung muss-

te einsehen, dass sie mit ihrem Unterstützungsabbau den Bogen überspannt hat. Die furchtbaren Härten der Juninotverordnung lassen sich mildern ohne dass das Fundament der Sozialversicherung erschüttert. Erhaltung der Sozialversicherung durch Unrecht an den Sozialrentnern, das wäre eine etwas merkwürdige Art von Sozialpolitik. So etwas konnte höchstens die Papenregierung sich leisten. Opfer der Sozialrentner für ihre Sozialversicherung und Unrecht in der Lastenverteilung ist zweierlei.

Der neue Kanzler hat in seinen Beratungen mit den Arbeiterführern den Eindruck erweckt, dass von ihm die Gewerkschaften als lebenswichtiges Organ des deutschen Volkes gewertet werden. Ist das so, dann muss die neue Regierung auch den gelbenfreundlichen Kurs, den die Papenregierung im Reichsarbeitsministerium eingeführt hat, liquidieren; denn dieser Kurs hat mit Gerechtigkeit gegenüber den Gewerkschaften nichts zu tun. Ermutigt durch diesen Kurs, haben die Deutschnationalen im Reichstag einen Vorstoss zu Gunsten der Gelben unternommen. Die deutschnationale Fraktion brachte einen Gesetzentwurf ein, der vorschlägt, dass eine dem Reichsarbeitsgericht anzuzugliedernde "entsprechend der Zusammensetzung dieses Gerichts zu bildende Tarifbehörde" bei Streit über die Tariffähigkeit einer Vereinigung entscheiden solle. Man versteht diese Forderung sehr schnell, wenn man weiss, dass das Reichsarbeitsgericht in verschiedenen Entscheidungen ohne Rücksicht auf Sinn und Zweck der Gewerkschaften schon dann die Tariffähigkeit von Werkvereinen bejaht, wenn diese äusserlich vom Arbeitgeber unabhängig sind. Ja das Reichsarbeitsgericht geht noch weiter und bejaht die Tariffähigkeit selbst dann, wenn nach der subjektiven Einstellung des Arbeitgebers dieser nicht die Absicht habe, die Tätigkeit des Werkvereins zu behindern.

Diese Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts hat einmütige Ablehnung in der arbeitsrechtlichen Wissenschaft gefunden. Die Regierung Papen dagegen hielt es für notwendig, sich dieser Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts ausdrücklich anzuschliessen. Wie sehr die ganze Politik dieser Regierung gegen die Arbeiterklasse gerichtet war, zeigte das Vorgehen des früheren Reichsarbeitsministers Schäffer, der es für notwendig hielt, in einem Schreiben an den Hauptausschuss Nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände mitzuteilen, er habe in einer Besprechung mit den Vertretern der Länderregierung darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsbehörden bei der Beurteilung der Tariffähigkeit der wirtschaftsfriedlichen Verbände sich unbedenklich der Auffassung anschliessen könnten, die in der höchststrichterlichen Rechtssprechung zu Gunsten dieser Verbände zum Ausdruck gekommen sei.

Die Deutschnationalen haben sich mit ihrem Vorstoss zu Gunsten der Gelben hoffentlich etwas verspätet. Jedenfalls lautet für die Gewerkschaften in ihrem Kampf mit den Gelben die Losung: wer nicht für mich ist, ist gegen mich.

SPD. Bei der dieser Tage in der Lederfabrik Siegmund Hirsch in Weinheim stattgefundenen Betriebsratswahl, die infolge von Entlassungen nach einem wilden Streik vorgenommen werden musste, ergab sich folgendes Resultat: Freie Gewerkschaften 6 Vertreter, seither 3, Christliche Gewerkschaften 1 Vertreter, bisher 0, RGO 0 Vertreter, seither 4.

Dieses Betriebsrätewahlergebnis hat mehr als nur lokale Bedeutung. Weinheim ist seit langem eine kommunistische Hochburg. Die RGO hat dort bisher den Ton angegeben. Sie hat jetzt von der Arbeiterschaft die Quittung erhalten.

Achtung - Lohnsteuer!

SPD. Mit dem 1. Januar beginnt für die Lohnsteuerpflichtigen ein neuer Steuerabschnitt. Es erhebt sich die Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, um die Steuerlast zu ermässigen. Nach dem Gesetz sollen solche Bezüge unversteuert bleiben, die nicht als Einkommen gelten können (Aufwandsentschädigungen). Ausserdem bleibt von dem Gesamteinkommen ein Teil als Existenzminimum steuerfrei. Schliesslich sollen die Teile des Gesamteinkommens geschont werden, die der Steuerpflichtige entweder zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung seiner Einkünfte ausgeben muss (Werbungskosten) oder die zu seinen Sonderleistungen gehören, dem Steuerpflichtigen also keinen unmittelbaren Nutzen verschaffen.

Unter Aufwandsentschädigung versteht das Gesetz solche Entschädigungen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für den Aufwand zahlt, der dem Arbeitnehmer bei seiner Arbeit erwächst. Es handelt sich also um Entschädigungen für Uebernachten, Verpflegung bei auswärtigem beruflichen Aufenthalt, Reisekosten usw. Diese Entschädigungen müssen jedoch ausdrücklich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart und als besondere Beträge neben dem Lohn gezahlt werden; als Vereinbarung gilt auch eine entsprechende Bestimmung des Tarifvertrags. Aufwandsentschädigungen sind grundsätzlich steuerfrei, wenn sie in Höhe des nachgewiesenen Aufwands gewährt werden oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen.

Das steuerfreie Existenzminimum (720 Mark jährlich, 60 Mark monatlich, 14,40 Mark wöchentlich) macht die Löhne bzw. Lohnanteile steuerfrei, die nach Meinung des Gesetzgebers zur Sicherung der nackten Existenz nötig sind. Wenn aber bei dem Steuerpflichtigen besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, wenn z.B. eine aussergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung (einschliesslich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfall oder durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, wird durch zwangsläufige Ausgaben das Einkommen so stark geschmälert, dass das Existenzminimum des Steuerpflichtigen nicht gesichert ist. Deshalb kann das Finanzamt eine Erhöhung vornehmen. Voraussetzung dafür ist, dass der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist, wenn möglich, durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Lehnt das Finanzamt den Antrag ab, so kann der Steuerpflichtige Einspruch einlegen. Ob das zweckmässig ist, lässt sich nur nach dem einzelnen Fall beurteilen. Die Zubilligung eines erhöhten steuerfreien Existenzminimums ist in das Ermessen der Behörde gestellt. Deshalb wird die Beschreitung des Rechtsmittelweges nur dann erfolversprechend sein, wenn die Entscheidung des Finanzamts offensichtlich unbillig ist.

Der Pauschsatz für Werbungskosten und Sonderleistungen (40 Mark monatlich, 9,60 Mark wöchentlich) stellt eine steuerliche Vergünstigung dar: Mit den Werbungskosten werden die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen steuerlich berücksichtigt. Der Lohn- und

Gehaltsempfänger hat z.B. Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Instandhaltung von Werkzeugen sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung. Hierher gehören auch die Unterhaltungskosten für ein Fahr- oder Motorrad, wenn es für den Weg zur Arbeitsstelle verwendet wird. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs ergeben. Dazu gehören nicht Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft der Steuerpflichtigen.

Zu den steuerfreien Sonderleistungen rechnen folgende Ausgaben: 1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen; 2. Beiträge zur Sterbekasse; 3. Lebensversicherungsprämien; 4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung; 5. Kirchensteuern; 6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Sonderleistungen, die unter 1 bis 3 aufgezählt sind, auch solche Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht. Im allgemeinen werden die Werbungskosten und Sonderleistungen durch den steuerfreien Pauschsatz (40.-Mark monatlich, 9,60 Mark wöchentlich) endgültig berücksichtigt. In Einzelfällen kann jedoch eine Erhöhung der Pauschsätze nachgesucht werden. Der Steuerpflichtige muss dann nachweisen, dass seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mark monatlich übersteigen. In einzelnen Fällen werden neben den Sozialversicherungsbeiträgen auch noch Beiträge für Sonderkassen (private Pensions- und Rentenkassen, Unterstützungskassen, z.B. Unterstützungsvereinigung) entrichtet oder aber diese Beiträge werden vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer an solche Kassen abgeführt. Diese Beiträge erhöhen einerseits den steuerpflichtigen Arbeitslohn, andererseits gehören sie zu den abzugsfähigen Sonderleistungen und können deshalb auch auf die Liste der Sonderleistungen gesetzt werden.

Der Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrages ist an das zuständige Finanzamt zu richten: ihm muss die Steuerkarte für 1933 beigelegt werden. Ausserdem empfiehlt sich eine detaillierte Aufstellung der Werbungskosten und Sonderleistungen, wobei möglichst Quittungen und sonstige Belege als Nachweise beizubringen sind. Je glaubwürdiger die einzelnen Angaben sind, umso schneller ist mit der Erledigung des Antrages ohne weitere Rückfragen zu rechnen. Wird die Erhöhung der steuerfreien Beträge gewährt, so erhält die Steuerkarte einen entsprechenden Vermerk. Erst auf Grund dieses Vermerks darf der Arbeitgeber die erhöhten steuerfreien Beträge beim Lohnabzug in Anrechnung bringen. Den Lohnsteuerpflichtigen, die Anspruch auf Familienermässigung haben, wird diese Ermässigung erst nach Abzug der erhöhten steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen vom Arbeitseinkommen angerechnet. Lehnt das Finanzamt den Antrag ab, so kann der Steuerpflichtige Beschwerde einlegen, über die vom Landesfinanzamt endgültig entschieden wird.

Anträge auf Erhöhung der steuerfreien Beträge können an sich jederzeit im Laufe des Jahres gestellt werden. Werden sie berücksichtigt, so gilt die Erhöhung erst vom Tage der Genehmigung ab. Eine rückwirkende Kraft hat also die Erhöhung nicht. Deshalb ist es ratsam, die Anträge möglichst zu Anfang des Jahres zu stellen.

SPD. Der deutsche Aussenhandel weist für den Monat November einen Ausfuhrüberschuss von 82 Millionen Mark gegenüber 84 Millionen Mark im Monat Oktober aus. Damit ergibt sich für die Zeit von Januar bis Ende November 1932 ein Ausfuhrüberschuss von 1,012 Milliarden gegenüber 2,624 Milliarden Mark für dieselbe Zeit des Vorjahres.

Die Einfuhr für November wird mit 393,4 Millionen angegeben. Sie hat sich gegenüber dem Vormonat um rund 5 Millionen Mark vermindert. Der Rückgang entfällt auf die Einfuhr von Lebensmitteln, die sich von 128 Millionen Mark auf etwa 116 Millionen Mark verringerte. Verringert hat sich u.a. der Import von Eiern, Kaffee, Schmalz, Käse und Reis. Die Rohstoffeinfuhr ist von nicht ganz 207 Millionen Mark im Monat Oktober auf 214,6 Millionen Mark gestiegen. Beteiligt ist an dieser Steigerung die Einfuhr von Wolle, Baumwolle, Eisenerzen usw. Zurückgegangen ist u.a. der Import von Kupfer und Rindshäuten.

Die Ausfuhr stellt sich für den Monat November auf 475,2 Millionen gegenüber 481,8 Millionen im Vormonat. Die Lebensmittelausfuhr ist von 23,2 auf 21,6 Millionen gesunken. So ist der Weizenexport im Monat November um rund 3 Millionen Mark zurückgegangen. Bei der Rohstoffausfuhr liegt ein Rückgang von 86,7 Millionen Mark auf 81,7 Millionen Mark vor. Die Minderausfuhr erstreckt sich auf Baumwolle und Düngemittel. Die Fertigwarenausfuhr hat sich mit 371,1 Millionen gegenüber dem Vormonat kaum verändert.

SPD. In Berlin ist die Firma Arthur Cohn in Konkurs geraten und zwar unter Umständen, die das Ammenmärchen, der "Marxismus" habe die Wirtschaft untergraben, wieder einmal richtig kennzeichnen.

Bei der Firma Arthur Cohn gab es schon vor 1 1/2 Jahren ein Vergleichsverfahren. Es wurde schliesslich eine Aktiengesellschaft gegründet, die man dem Junior des Hauses, Herrn Arthur Cohn, anvertraute. Arthur Cohn bezog monatlich ein Gehalt von 2400 Mark. Damit kam er aber nicht aus. Es wird jetzt bekannt, dass er mit seinem Gehalt bis zum Monat Juli 1933 im Vorschuss ist; ausserdem hat er noch einen Vorschuss von 18000 Mark. Bereits früher soll Arthur Cohn dem Geschäft beträchtliche Summen für private "wecke entnommen haben. Den Angestellten und den Arbeitern ist aber die Firma noch für 2 bis 3 Monate Gehalt bzw. Lohn schuldig. Bei dem Unternehmen sind 4 Prokuristen und 12 Einkäufer beschäftigt, aussergewöhnlich viel, selbst angesichts der Tatsache, dass das Unternehmen Millionen umsetzte. Wie stark man sich bei Cohn "spezialisiert" hat, geht wohl am besten daraus hervor, dass 2 Einkäufer sich nur mit dem Einkauf von Knöpfen beschäftigen.

Als es bei Cohn zu stinken anfang, setzte die Dresdner Bank noch einen Direktor ein. Auch dieser Direktor erhielt im Monat 2400 Mark. Trotz dieses hochbezahlten Direktors liegen heute die Dinge so, dass aus den vorhandenen Warenlagern aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einmal die bevorrechtigten Forderungen befriedigt werden können. Der Belegschaft, die wahrscheinlich um ihren Lohn kommt, hat man vorsorglich gekündigt. Für die all zu vielen Prokuristen und Einkäufer ist natürlich die Kündigung nicht ausgesprochen worden.

SPD. Die Berliner Brauindustrie überrascht durch besonders gute Abschlüsse. Die Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei A.G., die durch die Katzenellenbogenaffäre arge Verluste erlitten hat, kann eine Dividende von sechs Prozent ausschütten. Der Kindl-Konzern ist sogar in der Lage, eine Dividende von 16 % auszuteilen. Ausserdem schenkt dieser Konzern dem Aufsichtsrat und seinen Generaldirektoren die hübsche runde Summe von 425 000 Mark an Titeln usw. zu. Die Kindl gibt ihren gesamten Reingewinn mit rund 1,3 Millionen Mark an. Die wirklichen Gewinne dürften mehr als das Doppelte betragen.

Bei dem dritten Berliner Braukonzern, der Engelhardt-A.G., rechnet man mit einer Dividende von fünf Prozent. In diesem Konzern hat es abermals hässlichen Streit gegeben. Der von der Dresdener Bank delegierte Direktor Sigmund Bodenheimer, bis jetzt Aufsichtsratsvorsitzender bei Engelhardt,

ist zurückgetreten. Nach einem Communiqué der Engelhardt-A.G. sollen für diesen Rücktritt sachliche Gründe nicht vorliegen. Von anderer Seite wird behauptet, dass es zwischen den alten Freunden Bodenheimer und Nacher, Generaldirektor von Engelhardt, persönlichen Stunk gegeben haben soll.

SPD. Wie der Verein deutscher Maschinenbauanstalten mitteilt, hat sich der Auftragseingang bei der Maschinenindustrie während des Monats November wieder abgeschwächt. Die ungeklärte innenpolitische Lage habe die Wirtschaft von der Ausführung von Projekten abgehalten. Auch im Auslandsgeschäft sei aus denselben Gründe keine Besserung festzustellen.

Der Beschäftigungsgrad hat sich von 31 % im Oktober auf 30 % gesenkt.

SPD. Der Ernährungsindex des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine macht für den Monat November 75 aus gegenüber 74,7 im Monat vorher und 75,9 im Monat September. Der Berechnung dieses Index liegen die Preise von 1926, gleich 100 gesetzt, zugrunde.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 15. Dezember 1932.) A. Inlandseier: 1. Deutsche Handelsklasseneier. I. G1 (vollfrische Eier): Sonderklasse 65 g und darüber 12,50, Grösse A unter 65 - 60 g 11,50, Grösse B unter 60 - 55 g 10,75, Grösse C unter 55 - 50 g 9, Grösse D unter 50-55 g 7,50. II. G2 (frische Eier): Sonderklasse 65 g und darüber 11,75, Grösse A unter 65 - 60 g 11, Grösse B unter 60 - 55 g 10,25, Grösse C unter 55 - 50 g 8,25, Grösse D unter 50-55 g 7. 2. Deutsche sortierte Eier. I. vollfrische Sonderklasse 65 g und darüber 11,75, Grösse A unter 65 - 60 g 11,25, Grösse B unter 60-55 g 10,50, II. frische, Grösse B unter 60 - 55 g 10,25, Grösse C unter 55-50 g 8. 3. Deutsche unsortierte Eier 10,50, 4. deutsche abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 6,50. B. Auslandseier: 1. Dänen und Schweden 18er 11,50, 17er 11, 15½ - 16er 9,75 - 10, leichtere 7,50 - 8,50, Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten; 18er 11,25, 17er 10,75, 15½ - 16er 9,50, leichtere 7,25 - 8,25, Rumänen 7,50 - 8,50, Ungarn und Jugoslawen 8 - 8,25, Russen, normale 7 - 7,25, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,25 - 6,50. C. Kühlhauseier: Grosse, ausländische 8 - 8,25, normale 7. D. Kalkeier und andere konservierte: Grosse 8 normale 6,50. E. Sonstige Eier: Argentinier 7,50. Witterung: Nasskalt. Marktlage behauptet.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung, je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,15 - 1,25, rote Kartoffeln 1,30 - 1,40, Odenwälder Blaue 1,20 - 1,30, andere Gelbfleischige 1,40 - 1,50, Fabrikkartoffeln 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Wieder stärkeres Angebot.

 (Berliner Getreidebörse vom 15. Dez.)

SPD. Das Angebot hatte sich am Donnerstag, auf die festeren Kurse am Tage vorher hin, weiter verstärkt. Da neben den Stützungsstellen auch Privatfirmen kauften, kam das stärkere Angebot nicht ganz in den Notierungen zum Ausdruck. Immerhin verloren am Lieferungsmarkt die Weizennotierungen eine halbe Mark. Beim Roggen büsste die Mainotierung ebenfalls eine halbe Mark und die Märznotierung eine Mark ein. Hafer lag besonders schwach. Die Rückgänge betragen hier rund 2 Mark. Am Promptmarkt konnten die Stützungsstellen den Roggenkurs halten. Bei Weizen ergab sich eine Ermässigung um eine Mark.

	14.12.	15.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	188 - 190	187 - 189
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	167 - 177	166 - 176
Futter- und Industriergerste	159 - 166	158 - 165
Hafer	117 - 122	116 - 121
Weizenmehl	23,80 - 26,50	23,75 - 26,50
Roggenmehl	19,50 - 21,70	19,30 - 21,50
Weizenkleie	9,10 - 9,40	9,10 - 9,40
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 202½ - 201 (Vortag 203), März 206 - 205 (206½), Mai 208½ - 207½ (209), Roggen Dezember 164½ - 164¼ (164½), März 167 - 167 (168), Mai 170¾ - 170½ (171½). Hafer Dezember 124 - 122½ (125), März 126½ - 126 Brief (-), Mai 129 - 129 Brief (131).

 Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 16. bis 22. Dezember 1932. 1. Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter; dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,05, b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Rpf je Liter. 2. a) Werkmilch 9, b) tiefgekühlte Werkmilch 5,5 Rpf je Liter. Diese Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Kampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag, den 6.12. auf 75 % festgesetzt.

 Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz als ruhig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: 1. Qualität 113 RM, II. 106 RM und abfallende Ware 97 RM.

Die sozialistische Frau

FR AU EN B E I L A G E D E S S P D

Nr. 97.

Berlin, den 15. Dezember 1927

Ein sozialer Rückschritt?^x

SPD. Von reaktionärer Seite werden neuerdings Abänderungen des im Jahre 1927 unter massgebender Mitwirkung der Sozialdemokratie geschaffenen Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angestrebt, die darauf abzielen, die üblen Zustände wieder herzustellen, wie sie in der Zeit vor der Schaffung des Gesetzes auf dem Gebiete der Prostitution vorhanden waren. Gegen diese Bestrebungen wendet sich die nachstehende Resolution des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfaht.

Seit Monaten wird die deutsche Öffentlichkeit von Behördenvertretern, Organisationen und Einzelpersonen alarmiert mit der Behauptung, dass das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dringend einer Abänderung bedürfe. Die Notwendigkeit zur Abänderung des Gesetzes wird in erster Linie damit begründet, dass eine wesentliche Verschlechterung des Strassenbildes zu bemerken sei, und dass das Gesetz, vor allen Dingen der § 16,3, der Polizei keine Handhabe gebe, um die Jugend gegenüber der Gefährdung durch das Auftreten der Prostitution in der Öffentlichkeit zu schützen. Demgegenüber ist zu bemerken, dass eine allgemeine Verschlechterung des Strassenbildes auch von amtlichen Stellen bezweifelt wird. Soweit sie aber hier oder dort vorhanden ist, liegt ihre Ursache nicht im Gesetz, sondern in der Tatsache der Millionen Arbeitslosigkeit besonders auch unter den Frauen. Das Gesetz dagegen hat nicht das Strassenbild verschlechtert, sondern im Gegenteil, überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, den Quellen der Infektion nachzugehen und die Gefährdeten fürsorglicher zu erfassen. Eine unbestrittene Folge dieser Tatsache ist die Verringerung der Geschlechtskrankheiten.

Gegenüber den Klagen der Polizeiverwaltungen, einzelnen Stadtverwaltungen und verschiedenen Vereinigungen, dass mit der bisherigen Fassung des § 16,3 des RGBG durch voneinander abweichende Oberlandesgerichtsentscheidungen die Aufgaben der Polizei aus dem RGBG nicht durchgeführt werden könnten, wird festgestellt, dass trotz mehrjähriger schwerster Not der Bevölkerung und trotz schwerster Gefährdung der Jugend durch Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit die Prostitution in erträglichen Grenzen gehalten worden ist und die Geschlechtskrankheiten, insbesondere die Syphilis, abgenommen haben (50 %, Präsident Dr. Hamel, RGA).

Jede Verschärfung der Strafbestimmungen schafft nur die Gefahr einer neuen Reglementierung. Die Erfahrung hat gelehrt, dass dieses überlebte und unwirksame System sich allein gegen die Frau richtet und damit den Zustand der doppelten Moral schafft. Die Folge würde sein, dass ebenso wie früher die Prostituierten in Bordellen oder bordellähnlichen Betrieben Unterschlupf suchen. Ein solches System ist geeignet, die Geschlechtskrankheiten zu neuer und gefährlicher Verbreitung zu bringen und damit die Jugend, die Familie und die Zukunft des Volkes zu vergiften sowie die Erfassung gefährlichster Infektionsquellen und die frühzeitige Erfassung Geschlechtskranker zu unterbinden.

Das RGBG soll kein Polizeigesetz, sondern ein Fürsorgegesetz sein. Seine

Wirksamkeit ist nur zu erreichen durch Beibehaltung und Ausbau eines ausreichenden Fürsorgeapparates (Gesundheitsbehörde, Pflegeamt, weibliche Polizei, Beratungsstellen und Sicherstellung der Behandlung.) Es ist festzustellen dass überall da, wo die sich aus dem Gesetz bietenden Möglichkeiten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des gemeingefährlichen Charakters der Prostitution ausgenutzt worden sind und ein Zusammenarbeiten der beteiligten Behörden (Gesundheitsbehörde, Gesundheitsamt, Jugendamt, Pflegeamt, Polizei) durchgeführt wurden, hervorragende Erfolge erzielt worden sind. Die Polizei hat aus dem RGBG ausreichende Möglichkeiten zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und, soweit sie von der Gesundheitsbehörde besondere Aufträge erhält, auch Möglichkeiten, zum Schutz jugendlicher Gefährdeter durchgreifende Massnahmen durchzuführen. Vielerorts hat sie jedoch von diesen Möglichkeiten noch keinen oder nur unzureichenden Gebrauch gemacht. Das kann für uns aber kein Grund sein, den Forderungen auf Verschärfung der Strafbestimmungen des § 16,3 zuzustimmen, da die verlangte Bestrafung jeden "öffentlichen Anbietens oder Aufforderns zur Unzucht" zur Reglementierung oder zu Uebergriffen der Polizei, wie wir sie in Deutschland unter der früheren Regelung erlebt haben, führen würde.

Aus den vorstehenden Erwägungen lehnt der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt e.V. eine Änderung der durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten getroffenen Regelung im gegenwärtigen Augenblick mit aller Entschiedenheit ab. Er kann unter keinen Umständen der Regierung das Recht zugestehen, eine solche Änderung mit Hilfe des Artikels 48 vorzunehmen. Aber auch für eine gesetzliche Änderung ist der gegenwärtige Augenblick mit seinen vollkommen abnormen wirtschaftlichen Verhältnissen ungeeignet. Eine Verschärfung der Strafbestimmungen würde lediglich die Opfer der Wirtschaftskrise treffen, vielleicht auch die Prostitution etwas unsichtbar machen. Die Ursachen und damit die Tatsache der Prostitution aber würde nicht verringert werden; sie würde sich vielmehr umso gemeingefährlicher gestalten.

----- Weihnachtsbrauch im Spreewald.^x -----

SPD. Bei den Wenden des Spreewaldes, die, wie schon die Beibehaltung der Volkstracht beweist, mit grosser Zähigkeit am Althergebrachten hängen, sind trotz neuzeitlicher Aufklärung mancherlei Sitten und Bräuche bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben. Bereits in den vorweihnachtlichen Tagen mit ihrer frühen Dämmerung, dem geheimnisvollen Halbdunkel unter grauem Winterhimmel, erwachen Sagen aus Urväter Zeiten, regt sich die Phantasie, und aus allerlei Vorzeichen sucht man die Zukunft zu ergründen. Da horchen die Mädchen Abends an den Kreuzwegen und ziehen aus Geräuschen, die sie vernehmen, Schlüsse auf den Beruf ihres zukünftigen Mannes. Sie pflegen auch "Zäunchen zu schütteln", wobei sie den Spruch hersagen: "Zäunchen, Zäunchen, ich schüttle dich, - Feihsliebchen, komm und melde dich!" Nach der Richtung hin, aus der irgend ein Laut vernehmbar wird, verheiraten sie sich demnächst. Auch Bäume werden geschüttelt und dabei die Worte gesprochen: "Bäumchen, Bäumchen, ich schüttle dich. - Wo mir wird ein Hündchen schrei'n, da wird zu Jahr meine Wirtschaft sein," oder: "Bäumchen, ich schüttle dich, - Feihsliebchen, melde dich!" Zu diesem Orakel müssen gewöhnlich Kirsch- oder Pflaumenbäume dienen. - Neun Tage vor Weihnachten zieht man heimlich aus einem Holzhaufen ein Scheit und glaubt, aus dessen Beschaffenheit (ob gerade oder krumm, dick oder dünn) Aufschluss über das Äussere des künftigen Ehemanns zu bekommen. Will ein Mädchen ihn "sehen", so muss sie Nachts im Hemde dreimal um das Haus herumlaufen und dann in ein Fenster hineingucken. Erblickt sie eine Mannsperson, so kann sie bestimmt mit baldiger Heirat rechnen. - Um zu erforschen, ob man übers Jahr noch

am Leben ist, muss man in der Weihnachtszeit allein in einem Zimmer ein Licht entzünden und darauf achten, ob man seinen eigenen Schatten sieht. Ist das nicht der Fall, so bedeutet es Tod. Ein unheimliches Orakel, das zu befragen nur besonders beherzte Mädchen wagen.

Wie in andern Gegenden Deutschlands ziehen auch im Spreewalde zur Weihnachtszeit allerlei Gestalten als Gabenspender umher. An den Adventssonntagen putzt sich ein junges Mädchen als "Bescherchrist" aus und bringt den Kindern Äpfel, Nüsse, Kuchen usw., die ihr vorher heimlich von den Eltern übergeben worden sind. Es hat ein Männerhemd übergezogen, ein buntes Halstuch um, einen Kranz auf dem Kopfe mit einem Schleier darüber, in der Linken ein zusammengebundenes Tuch mit den Gaben nebst einer Klingel und in der Rechten eine Rute aus Birkenzweigen. Von Brust und Rücken hängen ihm zahlreiche bunte Seidenbänder herunter. Geführt von andern Mädchen besucht der "Bescherchrist" alle Häuser, in denen Kinder sind, grüsst schweigend, geht einigemal klingelnd im Zimmer auf und ab und versetzt dann allen Anwesenden, ausser den Kindern, einige Streiche mit der Rute. Die eigentliche Bescherung der Jugend erfolgt in der Frühe des ersten Weihnachtstages. Am Abend vorher legen die Kleinen vor die Haustür etwas Heu für den Schimmel des Christkindes, das über Nacht die Geschenke bringt. Manchmal stellen sie auch ein Gefäss mit Wasser daneben, legen auch wohl ein Stück Kuchen auf den Esstisch und glauben, wenn es am nächsten Morgen verschwunden ist, das Christkind habe es aufgeessen. - Als Gabenspender erscheint weiterhin (heute allerdings nicht mehr so oft wie früher) am Christabend oder bereits einige Tage vorher Knecht Uprecht (Ruprecht). Ein Bursche schwärzt zu diesem Zwecke sein Gesicht, hängt sich einen langen Bart um, zieht einen Pelz verkehrt an und bindet sich ein Strohseil um den Leib. In einem Sacke hat er Äpfel, Nüsse usw. für die braven Kinder, die beten können; die andern bekommen Schläge mit einem Fichtenzweige. - Zur Blütezeit der Spinnstuben wurde am Donnerstag vor Weihnachten "der Alte" herumgeführt nebst einer buckligen "Grossmutter" mit Krückstock und einem "Grossvater", der auf dem Kopfe ein mit rotem oder blauem Bande zusammengebundenes Bündel Flachs hatte, das nach hinten als Haar herunterhing. Diese seltsamen Gestalten kamen allerdings nicht als Gabenspender zur Kinderwelt.

Die Sitte, zu Weihnachten bestimmte Speisen zu essen, um gesund zu bleiben, Glück zu haben usw., übt man auch im Spreewald. Früher mussten unbedingt neun Gerichte auf der Festtafel stehen, darunter vor allem Fische (Heringe usw.) und in Milch gekochter Mohn mit Semmeln, deren Genuss zur Weihnachtszeit zu Geld verhelfen soll. - Damit die Obstbäume im kommenden Sommer reiche Früchte tragen, umwindet sie der wendische Bauer am Heiligen Abend während des Gottesdienstes mit Stroh, oder er schüttelt sie nach der Christvesper, wenn ein Wind weht, wie es in andern Gegenden meist in der Silvesternacht geschieht. Einzeln bindet man auch wohl Papier, worin Heringe eingewickelt waren, um die Stämme. - Die Hühner pflegt man am Heiligen Abend, nach der Rückkehr aus der Kirche, aufzuscheuchen; sonst legen sie die Eier ausserhalb des Hauses, sodass sie nicht zu finden sind. - Früher bewahrte man auch die Asche vom ganzen Christmonat auf und bestreute damit das Vieh, wenn es Läuse hatte. - Noch vor einigen Jahrzehnten wurde das Bleigiessen im Spreewalde vielfach Weihnachten vorgenommen, während es heute wohl allgemein am Silvesterabend üblich ist. - Um zu erfahren, welche Nummer man in der Lotterie setzen muss, ist es nach wendischem Volksglauben erforderlich, in der Christnacht, während die Uhr 12 zu schlagen beginnt, von aussen an die Kirchentür beliebige Zahlen zu schreiben, am nächsten Tage vor Sonnenaufgang nachzusehen, was für welche es sind, und diese dann in der Lotterie zu spielen. Uebrigens soll diese Sitte eigentlich nicht im wendischen Spreewalde bodenständig sein, sondern aus Hamburg stammen. - Nicht nur mit Rücksicht auf die Heiligkeit der Weihnachtszeit, sondern um von Ungeziefer (Ratten, Mäusen usw.) möglichst verschont zu bleiben, vermeidet es der wendische Bauer, an den Feiertagen Holz zu hauen oder eine andere laute Tätigkeit auszuüben. Soweit der Lärm vernehmbar ist, soll das Ungeziefer sich ausbreiten.

Ernst Edgar Reimerdes.

Das Gespensterzimmer.^x

SPD. Ich hatte mich endlich entschlossen, dem Drängen meiner Base nachzugeben und sie in ihrem pommerschen Paradiese zu besuchen. Seit zwei Jahren war Erika ländlich verheiratet. Obwohl die Ehe glücklich war, fühlte sich Eri, vor allem im Winter, doch recht einsam. Darum pflegte ihr Mann alle nur erreichbaren Freunde und Freundinnen in das alte, schöne Herrenhaus einzuladen, zur Jagd, zum Sport oder auch nur zu Eris Unterhaltung.

Um mir ihre Einladung besonders schmackhaft zu machen, hatte Eri in ihrem letzten Briefe geschrieben: "Du wirst hier unter anderen auch einen glühenden Verehrer wiedersehn...". Da konnte ich nicht widerstehen und sagte zu.

Abends mit dem letzten Zuge kam ich an. Eris Mann war selber mit dem Auto an die Bahnstation gekommen, mich abzuholen.

Als wir an der Rampe des Herrenhauses vorfuhren, wurden wir mit freudigem Hallo begrüßt. Eri und eine kleine lustige Gesellschaft waren zu unserm Empfange versammelt. "Ich hätte nie geglaubt, dass du doch noch dein Versprechen hältst", sagte Eri, mich vor Freude ans Herz drückend und abküssend.

Man schleppte mich zunächst in den Speisesaal, denn natürlich müsse ich nach einer so weiten Reise hungrig sein. Ausserdem müsse man noch über das Wie und Wo meiner Unterkunft beraten. Eri gestand, dass unverhoffter Besuch alle Fremdenzimmer mit Beschlag belegt hatte. Aber für die erste Nacht liesse sich schon etwas einrichten. Der Herr des Hauses wollte opferfreudig auf dem Divan in der Bibliothek schlafen, und ich sollte mit Eri das eheliche Schlafgemach teilen. Nein, nein, keinesfalls, wehrte ich ab, - lieber wolle ich auf dem Divan..., ich sei von den Alpenhütten her und sieben Jahren Italien noch ganz andere Nachtlager gewöhnt.....

"Ein Fremdenzimmer wäre ja noch frei, aber das möchte ich dir nicht anbieten," sagte Eri etwas unsicher.

"Warum nicht? Was ist denn damit los?"

"Tja - - das Gesinde sagt - - es spukt darin."

Ich lachte gerade heraus. "Das ist ja herrlich. Ein Hausgespenst habt ihr? Donnerwetter, seid ihr feudal! - Hast du es denn schon einmal gesehen, Eri?"

Sie nicht, aber die Leute hatten es gesehen.

"Also, dann will ich es auch sehen. Das ist gerade etwas für mich!" sagte ich sensationslüstern.

"Fürchtest du dich denn nicht? Du bist gar keine richtige Frau!" bemerkte Erika lachend, aber sichtlich erleichtert.

"Seh' ich aus, als ob ich mich fürchte?"

"Nein, nein, im Gegenteil!" erklärte einmütig die ganze Gesellschaft, und ein benachbarter Gutsbesitzer, unverheiratet, 25 Quadratkilometer Kartoffelacker, fügte galant hinzu: "Eine schöne Frau braucht selbst vor Gespenstern keine Furcht zu haben."

Dann sagte man sich gute Nacht und drückte mir teilnahmsvoll die Hand. Eri und ihr Mann begleiteten mich nach dem Seitenflügel des Herrenhauses.

"Uebrigens, Eri..." (Ich hatte mir die Frage bisher verkniffen...) "Wo ist denn nun dieser glühende Verehrer?"

"Ach," sagte sie, "wer weiss, wo der sich wieder einmal herumtreibt! Möglich, dass er im Orte ist und im Wirtshause sitzt, um Studien zu machen; möglich auch, dass er durch den Wald streunt, - er ist eine romantische Natur... Morgen früh wirst du ihn schon sehen."

Es war ein schönes, luftiges, helles Zimmer, in das sie mich führten, mit einem breiten, altmodischen Bette. Nie hätte ich geglaubt, dass es hier spuke. Blendend weisses Linnenzeug war hergerichtet, und frisches Wasser funkelte in Waschsüssel und Krug.

Eri wurde mit einem Male auffallend schläfrige. Sie verabschiedete sich

rasch: was seine Erklärung darin fand, dass es auf Mitternacht ging.

Ich war hundemüde von der Reise. Ich nahm die nötigen Utensilien für die Nacht aus meinem Handkofferchen, wusch mich und dachte gar nicht mehr an den Spuk. Doch bevor ich das Licht auslöschte, legte ich vorsichtshalber meinen kleinen Browning in Greifweite. Eigentlich ist mir das, wenn ich auf Reisen bin, eine Gewohnheitsgeste, aber an diesem Abend kam sie mir seltsam zum Bewusstsein. Dann löschte ich das Licht aus, zog die Federdecke hoch, bis über die Ohren - man kann nie wissen -, und liess mich von dem feinen Quittendufte der dem Linnen entstieg, sanft betäuben.

Ich weiss nicht, ob ich schon geschlafen hatte, als mich ein leises, schlürpfendes Geräusch völlig munter machte. "Ich hab' die Tür nicht verriegelt" fiel mir ein, aber es war nun zu spät. Ein kurzes Knirschen der Klinke, und die Tür ging auf. Die Haare standen mir zu Berge. Ich wollte nach dem Browning greifen, aber ich war wie gelähmt, als hielt eine unsichtbare Macht meine Arme fest. Ich konnte nur noch "Also doch!" denken. Die Turmuhr des Herrenhauses schlug bang und blechern zwölf.

Da löste sich eine hohe, dünne Gestalt in langem weissem Gewande aus dem Rahmen der offenen Tür. Sie kam auf mein Bett zu, streckte eine dürre, knochige Hand aus und zerzte mir das Deckbett weg. Ich wollte schreien, brachte aber keinen Laut hervor. Mein Mund war weit offen. Die Augen traten mir aus den Höhlen. Vielleicht hatte ich doch eine Bewegung gemacht, denn das Gespenst entfloh erschreckt. Ich hörte die Tür ächzen, hörte sich entfernende, schlürpfende Schritte; dann fiel ich in Ohnmacht.

Als ich am andern Morgen halb erfroren, denn ich hatte beim Erwachen tatsächlich kein Deckbett mehr, blass vom überstandenen Schrecken, zum Frühstück in die Veranda kam, war die Gesellschaft schon versammelt. Man brauchte nicht erst zu fragen; man sah es mir an, dass die Nacht nicht ungestört verlaufen war.

"Erzählen Sie! Erzählen Sie!"

Ich erzählte. - "...und ich habe wirklich nicht geträumt, denn beim Aufwachen hatte ich kein Deckbett mehr."

Alle schwiegen betreten und geängstigt. Erika war ganz bleich. Die normale Atmosphäre wurde erst wieder hergestellt, als, ein Buch unterm Arme und noch halb verschlafen, ein junger Mann in der Verandatür erschien: der Dichter Ostap Lawentel, der glühende Verehrer, den Erika mir avisiert hatte.

"Frau Thea?! Sie hier?! Küsst' die Hand! Nein, welche Ueberraschung!"

Und er setzte sich ungeniert neben mich an den Frühstückstisch und brachte seine freudige Begeisterung zum Ausdruck, während er unzählige Brote dick mit pommerscher Butter bestrich. "Butter," sagte er, "Butter erhält mich." Nun war natürlich er der Brennpunkt des Interesses, und niemand dachte mehr an mein nächtliches Erlebnis. Wie undankbar doch die Menschen sind!

Da hörte ich den Dichter sagen: "Ich muss Ihnen etwas Komisches erzählen. Und er verschlang ganz aufgeregt das dreizehnte Butterbrot. "Heute Nacht war es dermassen frisch, dass ich mich in meinem Bette - ich schlafe zu Hause mit Zentralheizung - absolut nicht erwärmen konnte, und weil ich das Gespensterzimmer leer wusste, wollte ich mir dort das Deckbett holen. Aber denken Sie sich: wie ich es schon in Händen halte, seh' ich mit Entsetzen ein wirkliches Gespenst im Bette liegen..."

Schallendes Gelächter erstickte die weiteren Worte des Dichters Lawentel.
Thea Reimann.

SPD. Peinliche Zurückweisung.^x "Fräulein Arabella, ich weiss, was Sie momentan denken?!"

"Gott, muss Ihnen das aber unangenehm sein!"

Aufrechnung gegen Lohnforderungen.^x

SPD. Ist eine Aufrechnung verursachter Schäden gegen Lohnforderungen am Arbeitsgericht statthaft? Diese Frage, die vor allem auch für Hausangestellte von Bedeutung ist, wurde dieser Tage vom Augsburger Arbeitsgericht entschieden. Es ist ja bekannt, dass gerade im hauswirtschaftlichen Dienstverhältnis es keine Seltenheit ist, dass Hausangestellte von der "Dienstherrin" für zerbrochenes Geschirr oder andere Schädigungen, sogar gelegentlich für durch ein Versehen der Hausangestellten angebrannte Speisen haftbar gemacht und durch Abzüge am vereinbarten Lohn bestraft werden. Kommt es bei Lösung des Dienstverhältnisses zu Auseinandersetzungen und Lohnforderungsklagen gegen die Dienstherrschaft, so versucht die Hausfrau des öfteren die von ihr behaupteten Schädigungen, welche die Hausangestellte fahrlässig verursacht haben soll, gegen den geforderten Lohnbetrag aufzurechnen.

Selbst in jenen Fällen, in denen eine Hausangestellte erklärt, dass sie sich entschädigungspflichtig fühle, oder in denen der Anspruch der Dienstherrschaft an sich berechtigt erscheint, ist eine solche Aufrechnung gegen den Lohnanspruch beim Arbeitsgericht nicht berechtigt. Das Augsburger Arbeitsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass es eine Aufrechnung einer aus Schadenersatzanspruch entstandenen Schuld gegen die Lohnforderung nicht gebe. Die Dienstherrschaft müsse den Lohn ausbezahlen und könne sich wegen ihrer angeblichen Ansprüche auf Schadenersatz an das ordentliche Gericht wenden.

Diese Entscheidung ist natürlich auch von Bedeutung für Gewerbebetriebe usw., so z.B. für das Gaststättengewerbe, wo sehr oft bei Lohnforderungen vor dem Arbeitsgericht das sogenannte "Bruchgeld" (für zerbrochene Tassen, Gläser usw.) aufzurechnen versucht wird; in der weiteren Anwendung aber auch überhaupt für jede Schadenersatzforderung, die ein Unternehmer gegen eine Arbeitskraft gegenüber Lohnklagen vor dem Arbeitsgerichte geltend machen will.

E.Sp.-Br.

SPD. Das Kilo "Echte Mumie".^x Der Glaube an die Heilkraft der Mumien hielt sich fast bis in unsere Zeit lebendig. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat eine deutsche Apothekerfirma - so unglaublich es auch klingt - den Artikel feilgeboten: Das Kilo "Echte Mumien", solange der Vorrat reicht, für 17,50 Mk. Und das war gar keine Ausnahme. Ägyptische Mumien gehörten nun einmal zum rechten Apothekerinventar; in Österreich war dieser Artikel bis 1834 offiziell. Aber warum auch schliesslich nicht Mumie, wenn man sich doch von gebrannten Maulwürfen, Hirsch- und Bocksblut, von Hühnermägen und Schlangenfett so grosse Heilkraft versprach? Wem es an Mut mangelte, wer an Angstzuständen litt, dem sollten Herz, Galle oder Leber des Wolfes auf die Beine helfen; auch gut geraspelte Menschenknochen waren sehr beliebt, und gedörrte Kröten galten als ein unersetzliches Mittel gegen Fallsucht. "Echte Mumie" war und blieb aber doch der grösste Schatz der Apotheker, an den die leidende Menschheit von dazumal genau so vertrauensvoll glaubte wie wir an die Heilkraft des Radiums oder der Röntgenstrahlen.

SPD. Nicht tropfendes Weihnachtslicht.^x Weihnachtskerzen legt man, um das lästige Tropfen zu vermeiden, einige Stunden vor dem Aufstecken in kaltes Wasser. Die Stearinflecken werden dann keiner Hausfrau die Weihnachtsfreude trüben und kein Puppenmütterchen ärgern, das seine Puppe in ihrem neuen Kleidchen unter den Lichterglanz setzt.
